

WEISS

Magazin der Freien Liste



Kleine Gefälligkeiten erhalten die Freundschaft

Wann ist Netzwerken korrupt?

No. 05, April 2013



freieliste.li

04

– **Mehr Kontrolle, Transparenz und Pluralismus** – Der Politologe Christian Frommelt erhofft sich mit der Parteienvielfalt eine neue politische Kultur, weg vom Parteien-Hickhack, hin zu einer Systemkritik.

11

– **Casino – wie es eigentlich geplant war** – Manche Allianzen scheitern, auch wenn Regierungsräte und Unternehmer zusammenspannen. Der Traum Casino ist am Rechtsstaat zerplatzt.

13

– **Besitzstandswahrung in der Politik** – Der Historiker Klaus Biedermann erklärt, warum die Parteizugehörigkeit früher über eine Existenz entscheiden konnte und wo Liechtensteinerinnen sich mit der Abgabe von Privilegien schwer taten.



19

– **Landtagsabgeordnete im Profilvergleich** – Hardliner innen, Liberale oder Soziale? Ein politischer Profilvergleich zeigt, wo sich Politikerinnen innerhalb ihrer Partei positionieren

24

– **Drohenden Mehrverkehr abwenden** – Die Freie Liste möchte die Landesregierungen im Dreiländereck dazu bringen, beim Projekt Tunnelspinne Feldkirch endlich gemeinsam die Reissleine zu ziehen.

Impressum

Herausgeberin Freie Liste, Liechtenstein
Redaktion WEISS, Landstrasse 140, FL-9494 Schaan
Redaktionsleitung Barbara Jehle, info@weissmagazin.li
Gestaltung Mathias Marxer, Gregor Schneider, Triesen
Titelseite Gregor Schneider **Druck** Gutenberg AG, Schaan
Schrift Univers und New Baskerville
Papier Bavaria, 90 g/m², FSC **Auflage** 18'500 Ex.



Das Establishment

Text info@weissmagazin.li

In Liechtenstein wird viel über ein Spital oder ein Schulhaus gestritten: Auch vor der Parteienvielfalt gab es Opposition bei Sachthemen. Im Wahlkampf wurde fast ausschliesslich darüber diskutiert, wohin mehr Geld und vor allem wohin in Zukunft weniger Geld fließen soll.

Kaum gesprochen wurde über das etablierte System, die Verteilung der Macht und die Mechanismen des Establishments. Der Politologe Christian Frommelt erhofft sich mit der Parteienvielfalt endlich eine Systemkritik (siehe Interview S. 6). Die Grossparteien, die seit einem Jahrhundert den Ton angeben, haben kein Interesse daran, dass sich an den bestehenden Strukturen etwas ändert. Zu diesen Strukturen gehören Demokratiemankos, wie beispielsweise die 8-Prozent-Hürde, die Parteien überwinden müssen, um an der Verteilung der Landtagsmandate überhaupt zugelassen zu werden. Zu den Mechanismen der Struktur gehören auch Geheimnisse, kleine Gefälligkeiten, über die man lieber nicht spricht oder öffentliche Aufträge, die einem Günstling zugeschickt werden. Auch Privilegien gehören dazu, die parteiisch verteilt und wenn möglich ohne Aufheben im Gesetz verankert werden. Dem Unmut, wird meist nur hinter vorgehaltener Hand Luft gemacht und so dringt diese Art von «Vetterliwirtschaft» oft gar nicht an die Öffentlichkeit. Ein Bericht «Der Staaten gegen Korruption» (Greco) hat gezeigt, was eigentlich alle wissen. Liechtenstein hat aufgrund der Kleinheit korruptionsanfällige Systeme, aber keine Kultur, die deren Schaden als Unrecht anprangert.

Barbara Jehle



Kunst der Opposition

Text Wolfgang Marxer, praesidium@freiliste.li

Die Landtagswahlen 2013 sind Geschichte: Das Ergebnis war überraschend und ein deutlicher Weckruf an die Politik. Obwohl vordergründig Personen (RegierungskandidatInnen) und einzelne Sachfragen rund ums Sparen den Wahlkampf dominierten, haben die WählerInnen nach einem anderen, einem grundsätzlicheren Ansatz gewählt: Sie haben nämlich der bisherigen Polit-Struktur, dem traditionellen Zwei-Parteien-System eine Absage erteilt. Viele brachten ihren Unmut über die ungelösten Probleme im Staat und über den Polit-Stil der Grossparteien und die Kommunikationspolitik der Regierung deutlich zum Ausdruck.

Entsprechend nahm die Anzahl der WechselwählerInnen zu und gleich zwei Wählergruppen, die Freie Liste und «Die Unabhängigen», sind jetzt in Fraktionsstärke im Landtag vertreten. Damit bedeuten diese Landtagswahlen eine historische Weichenstellung: Es gibt zwar weiterhin deutliche Mehrheitsverhältnisse, die beiden Grossparteien verfügen über 18 von 25 Mandaten, es hat aber eine deutliche Gewichtsverlagerung zugunsten der FL und DU stattgefunden. Noch nie hatte die liechtensteinische Politik eine so starke Opposition. Erstmals in der politischen Geschichte Liechtensteins sind vier Parteien im Landtag vertreten und dies auch noch in Fraktionsstärke! Die Koalitionsgespräche zeigen, dass sich die beiden Grossparteien – zumindest verbal – vom unsäglichen Modell der Ko-Opposition verabschieden und eine ernstgemeinte Regierungs-Koalition ankünden.

Opposition ohne Gezänk

Diese neue Konstellation, welche die WählerInnen mit ihrem Wahlverhalten ermöglicht haben, ist eine grosse Chance für das Image der Politik und auch für die Regierung und für den Landtag. Wir stehen vor einem eigentlichen Neuanfang.

Damit verbunden sind hohe Erwartungen der Bevölkerung – sowohl von Privatpersonen wie auch von Interessensgruppen. Erwartet wird eine sachorientierte und eine problemorientierte, eine ehrliche und vor allem eine transparente Politik, welche rasch Lösungsperspektiven aufzeigt und der Bevölkerung die Verunsicherung nimmt. Das Volk möchte eine Politik zum Wohle des Landes mit klaren Inhalten, aber fernab von parteipolitischem Gezänk. Es geht um Glaubwürdigkeit und um Vertrauen in die politischen Institutionen, damit aus Parteiverdrossenheit keine Politikverdrossenheit wird.

Die neue Konstellation ist für die jetzigen Mitglieder in Regierung, Landtag, Kommissionen und Delegationen eine grosse Herausforderung. Vier von fünf Regierungsmitgliedern sind neu im Amt und rund zwei Drittel der 25 Abgeordneten sitzen erstmals im Parlament.

Stärkere Kontrolle der Regierung

Dass die Grossparteien den Wink mit dem Zaunpfahl verstanden haben, kam bei der Besetzung der Geschäftsprüfungskommission zum Ausdruck. In dieser Kommission, welche die Kontrollrechte über Regierung, Staatsverwaltung und im Rahmen des Gesetzes die Steuerung und Überwachung öf-

fentlicher Unternehmen ausübt, gestand die Koalition der Opposition eine Mehrheit der Sitze zu. Kern-Aufgabe dieser wichtigsten Landtags-Kommission ist die Prüfung der Jahresrechnung und des Rechenschaftsberichtes, die Ämterprüfung und besondere Aufgaben gemäss konkreten Aufträgen des Landtags (Art. 66 der Geschäftsordnung des Landtags).

Die Rollenverteilung ist klar – sowohl für die Regierungskoalition als auch für die Opposition im Landtag. Es geht nicht um Opposition um der Opposition Willen, sondern um gesunde Checks-and-Balances, um breit abgestützte Lösungen und um eine facettenreiche, sachorientierte Auseinandersetzung in Regierung und Landtag. Das Volk erwartet von der Opposition im Landtag nicht nur Kritik, sondern vor allem neue Perspektiven und gute Lösungen. ■

Ich erhoffe mir mehr Kontrolle, Transparenz und Pluralismus»

Interview Barbara Jehle, info@weissmagazin.li Fotos Barbara Jehle

Die Politikzufriedenheit ist in Liechtenstein leicht sinkend aber noch relativ hoch – meint Christian Frommelt. Die Demokratiedefizite wie die 8-Prozent-Sperrklausel und die mangelhafte Kontrolle der Exekutive sollten rasch in Angriff genommen werden, um das Vertrauen in die Politik zu stärken.

WEISS An welchem Schraubchen würden Sie drehen, um die Demokratie zu stärken?

Christian Frommelt Mit Blick auf das Wahlsystem war mir immer schon die Höhe der Sperrklausel ein Dorn im Auge. Sie ist für kleine Parteien eine stete Bedrohung. Es ist nicht auszuschliessen, dass das Parlament bei den nächsten Wahlen wieder nur aus zwei Parteien besteht. Das wäre aus demokratiepolitischen Überlegungen sicher schlecht. Eine Senkung der Sperrklausel würde vor allem die Repräsentation des Wählerwillens verbessern und den derzeit vertretenen Parteien eine langfristige Perspektive eröffnen.

Aus dieser Logik heraus ist es schlecht, dass die Grossparteien fast identisch positioniert sind.

In den meisten Ländern mit einem Zwei-Parteien-Systemen lassen sich diese Parteien gut unterscheiden. Unsere beiden Grossparteien platzieren sich dagegen in der Mitte und versuchen von dort, alle möglichen Ideologien abzudecken. In einer pluralistischen Gesellschaft ist dies aber nur bedingt möglich. Auf der anderen Seite wird in Liechtenstein das freie Mandat gelebt, was die fehlende Vielfalt zu einem gewissen Grad kompensiert. Zudem ist es für WählerInnen auch möglich, einzelne KandidatInnen zu streichen, um so die persönliche Einstellung auszudrücken.

Es stellt sich die Frage, ob die WählerInnen stets über das Parlamentarier-Profil Bescheid wissen.

Das ist bestimmt nicht immer einfach. Einerseits verzichten viele Abgeordnete auf klare Positionen, um potenzielle WählerInnen nicht abzuschrecken. Andererseits fehlen in Liechtenstein die Instrumente, um die Positionen der Parlamentarier abzubilden. Hierzu bräuchte es ein stärkeres Engagement der Medien und der Forschung.

Ist nicht ein Spektrum von Links bis Rechts wünschenswert?

In den meisten europäischen Staaten gibt es ein solches Spektrum. Das zeigt, dass die Nachfrage da ist. Aus demokratiepolitischer Sicht sind deshalb klare Positionen der Abgeordneten und ein Parteien-Pluralismus auch in Liechtenstein zu begrüssen.

Gibt es ein Bedürfnis nach einer klar rechten Partei?

Das kann man aus der Wahlanalyse nicht herauslesen. Die Grossparteien haben sich eigentlich immer leicht rechts von der Mitte positioniert. Entsprechend überrascht es nicht, dass neben den Grossparteien mit der FL zuerst eine klar links positionierte Partei den Einzug in den Landtag schaffte.

Auf der rechten Seite gibt es aber durchaus ein gewisses Potential. Dies zeigt auch der Blick in die Schweiz: Die FDP, die ähnlich zur Liechtensteiner FBP eher rechts der Mitte steht, hat ca. 17 Prozent Wähleranteil, während die weiter rechts politisierende SVP fast 30 Prozent Wähleranteil erzielt.

Ein grosser Anteil an NeuwählerInnen haben FL gewählt, weil Junge progressiv sind?

Ich sehe keine Anzeichen, dass heutige Jugendliche speziell progressiv sein sollten. Bei NeuwählerInnen geht die Lockerung der Parteienbindung wohl einfach schneller vonstatten. Bei den aktuellen Wahlen hat die Unzufriedenheit mit der Regierung zudem als Katalysator gewirkt.

Unmittelbar nach den Wahlen wurde der Zuwachs bei der Freien Liste als Protest interpretiert.

Ich denke, dass der Anteil der Protestwähler bei der Freien Liste eher gering ist. Die Freie Liste hat ein breites Programm und ist mittlerweile eine etablierte Partei. Wer bloss eine Alternative zu den beiden Grossparteien sucht, hat wohl eher DU gewählt, welche stärker auf die Parteienverdrossenheit setzte.

Mit Emotionen gewinnt man Wahlen ...

... DU hat Emotionen geschürt und dadurch viele Stimmen gewonnen. Auch die VU konnte vor vier Jahren mit dem Versprechen, sich gegen den Druck auf den Liechtensteiner Finanzplatz zu stemmen, Emotionen wecken. Dieses Mal haben die beiden Grossparteien dagegen einen sehr sachlichen – inhaltlich vorsichtigen – Wahlkampf geführt. DU brachte also ein anderes Element ein.

Wie haben Sie den Wahlkampf der FL wahrgenommen?

Sehr engagiert. Mit der Anzahl an Kandidierenden konnte sie nicht wirklich



«DU hat Emotionen geschürt und so viele Stimmen gewonnen.»

überzeugen, aber mit deren Präsenz; es war ein taktisch guter Schachzug, dass die FL Regierungskandidaten gestellt hat. Ich frage mich jedoch, weshalb es nur zwei waren und nicht ein ganzes Team bestehend aus lauter LandtagskandidatInnen.

Wäre von der FL erwartet worden, dass sie mehr die Oppositionsrolle einnimmt?

In den Debatten der Regierungschefkandidaten ist dies der FL gut gelungen. Die FL hat aber inzwischen den Bonus einer neuen politischen Erscheinung verloren. Sie muss sich heute als etablierte Partei verkaufen – auch mit einem gewissen Machtanspruch. Die FL kann nicht mehr nur polarisieren und die Opposition betonen, sondern muss eine Perspektive eröffnen. Die Idee einer kleinen Koalition ist in unserem Denken noch nicht wirklich angekommen, gewinnt aber immer mehr Sympathien.

Die Nachwahlbefragungen ergeben immer wieder, dass bei den Grossparteien das Programm irrelevant ist. Ist Klarheit sogar gefährlich?

Ich würde nicht sagen, dass die Grossparteien kein Programm haben. In den Wahlbroschüren der Grossparteien lassen sich durchaus Positionen finden. Die Grossparteien stellen diese Inhalte aber nicht ins Zentrum. Ferner haben sie das Problem, dass sie als Mitte-Parteien alles abzudecken versuchen und so oft zum kleinsten gemeinsamen Nenner neigen.

Das Regierungsteam war laut Analyse bei diesen Wahlen nicht so bedeutsam?

Die von Wilfried Marxer durchgeführte Nachwahlbefragung zeigt tatsächlich, dass bei diesen Wahlen der Wahlentscheid stärker als bei früheren Wahlen durch das Landtagsteam einer Partei sowie deren Programm beeinflusst wurde. Auch die Tradition spielte eine geringe Rolle. Für die kleinen Parteien ist dies sicher eine positive Entwicklung. Die Nachwahlbefragung zeigt aber auch, dass eine Partei alle diese Faktoren bedienen muss, um die Wahlen zu gewinnen.

Lässt sich in Liechtenstein eine politische Tendenz erkennen?

Vieles hängt davon ab, wie sich DU etabliert. Es ist offen, ob wieder alle vier Gruppierungen zu den nächsten Wahlen antreten oder sich – beispielsweise durch eine Aufspaltung der DU – eine fünfte Gruppierung bildet. Es ist auch möglich, dass sich die Parteien künftig stärker programmatisch ausrichten oder den einzelnen KandidatInnen mehr Spielraum lassen. Einzig klar ist, dass der Anteil an WechselwählerInnen zunimmt.

Grundsätzlich gegen eine Idee sein, nur weil sie von der «falschen» Partei kommt, also der Parteienhickhack, ist wohl endlich out.

Sie haben vorher die Emotionen angesprochen: Für die beiden Grossparteien wird es in der Tat immer schwieriger, sich auf dieser Ebene voneinander ab-

zugrenzen. Im Wahlkampf haben beide Landeszeitungen versucht, Unterschiede zwischen den Parteien aufzuzeigen, die meiner Ansicht nach keine waren. Das hat die Parteienverdrossenheit wohl noch verstärkt. Die Parteien werden aber weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Dies ist auch nötig. Die Partei sichert eine Arbeitsteilung zwischen den ParlamentarierInnen und erleichtert die gemeinsame Positionsfindung. In der Politik muss man nun mal zu einer Entscheidung gelangen und hierfür sind die Parteien von zentraler Bedeutung. Dies gilt umso mehr bei knappen Mehrheitsverhältnissen.

Sie sprachen einmal von einigen gravierenden Demokratiedefiziten: Wo orten Sie diese vor allem?

Insbesondere bei der Sperrklausel und der Parteienfinanzierung. Die Sperrklausel verstösst gegen den Grundsatz der Wahlgleichheit und steht somit sogar im Konflikt mit der Verfassung. Mit Blick auf die Parteienfinanzierung ist vor allem die geringe Transparenz bei privaten Spenden zu kritisieren. Sowohl die Sperrklausel als auch die Parteienfinanzierung unterbinden die Chancengleichheit der Parteien und erhöhen so die Gefahr einer einseitigen Repräsentation. Der neue Landtag ist hier gefordert. Noch nicht erwähnt habe ich den Landesausschuss. Nach meiner Meinung ist es auch problematisch, dass der Landtag jedes Jahr geschlossen wird und für drei Monate handlungsunfähig ist, ehe er wieder von einem Exekutiv-Vertreter eröffnet wird.

Wie frei fühlt sich der Landtag? Das mögliche Veto des Fürsten wirft über ihn einen Schatten.

In seiner Meinungsfindung ist der Landtag grundsätzlich frei. Die Politik verlangt aber die Einbindung möglichst vieler Interessen – insbesondere diejenigen der Vetospieler – eine Rolle, die in Liechtenstein vor allem dem Fürsten und dem Volk zukommt. Als das zentrale Organ der repräsentativen Demokratie hat der Landtag aber eine besonders hohe Legitimation. Er kann deshalb seine Position durchaus mit viel Selbstvertrauen vertreten und dabei auch eine politische Blockade – wie wir sie derzeit beim Thema Schwangerschaftskonflikt erleben – riskieren. Nach meiner Mei-

nung sollte sich der Landtag gegenüber dem Fürstenhaus zu einem gewissen Grad auch als Kontrollorgan behaupten. Der Fürst hat als Staatsorgan konkrete Aufgaben, an welchen er zu messen ist. Verfassungsrechtlich unterliegt er zwar keiner Rechenschaftspflicht. Dies schliesst aber nicht aus, dass seine Handlungen kritisch begleitet werden können.

Ist es eigentlich eine Aufgabe des Fürsten, seine Meinung zu vertreten?

Ich sehe seine Rolle eher als die einer Integrationsfigur nach innen und des Repräsentanten nach aussen. Diese Rolle bedingt jedoch, dass sich der Fürst nicht zu stark in den öffentlichen Meinungsbildungsprozess einmischt. Als Staatsoberhaupt hat er andere Möglichkeiten, auf den politischen Prozess einzuwirken.

Welche? Ist es «sauber», wenn der Fürst PolitikerInnen aufs Schloss bittet und dort, ohne Protokoll, auf sie einwirkt?

Informelle Verhandlungen sind ein permanenter Bestandteil der Politik. In parlamentarischen Systemen fällt dabei dem Staatsoberhaupt eine wichtige Rolle zu, da das Staatsoberhaupt meist nicht ein unmittelbarer Repräsentant des politischen Establishments ist. Allerdings bedingt diese Auslegung den Verzicht auf eine aktive Verbreitung der eigenen Meinung. Zudem sollte ein Staatsoberhaupt den politischen Prozess nur blockieren können, wenn dieser gegen die Verfassung verstösst.

In Liechtenstein besteht hier also ein gewisser Handlungsbedarf?

Zweifellos gehen die Kompetenzen des Fürsten in Liechtenstein weit über die für ein Staatsoberhaupt üblichen Kompetenzen hinaus. Das Demokratiedefizit in Bezug auf das Fürstenhaus ist nur eines von vielen, ich möchte mich darauf nicht versteifen. Demokratie ist etwas Lebendiges, eine ständige Auseinandersetzung. Mit der Sperrklausel und der Parteienfinanzierung habe ich dabei schon zwei Aspekte genannt, auch Gegenstand von verschiedenen Evaluationen des Europarats sein werden. Mir ist es wichtig, dass wir dies nicht als Angriff auf Liechtenstein betrachten, sondern als Chance, uns aktiv mit unserer Verfassung auseinander zu setzen.

Letztlich geht es im Demokratisierungsprozess um mehr Chancengleichheit.

Ja, und zwar in all ihren Facetten: Chancengleichheit der Wahlkreise, der Parteien, der Gesinnungen, der Geschlechter usw. Noch ist die Demokratiezufriedenheit in Liechtenstein relativ hoch. Dies kann sich allerdings rasch ändern. Umso wichtiger ist es für die beiden Grossparteien, die kleineren Gruppierungen einzubinden. Dies gilt auch für die Medien.

Es braucht also weniger den Blick auf die Sache, als auf das System?

Ja, auch. Der Landtag darf sich nicht nur auf Sachfragen konzentrieren, sondern muss auch Visionen für Liechtenstein skizzieren. Und selbstverständlich muss er sich mit den Grundpfeilern des politischen Systems auseinandersetzen. Der letzte Landtag hat beispielsweise eine neue Geschäftsordnung verabschiedet. Die Auseinandersetzung darüber erfolgte aber weitgehend hinter verschlossenen Türen und liess zentrale Erkenntnisse der Politikwissenschaft über die Arbeitsweise und Struktur eines Parlaments unberücksichtigt. Bei aller Kritik ist es mir aber auch wichtig, auf die Stärken unseres Systems zu verweisen. Die Verfassungsgerichtsbarkeit und die direkte Demokratie sind dabei nur zwei Beispiele. Generell bietet die Kleinräumigkeit Liechtensteins eine grosse Chance, um demokratische Standards zu etablieren. Ich erhoffe mir deshalb in den nächsten vier Jahren mehr Kontrolle, Transparenz und Pluralismus.

Herzlichen Dank für das interessante Gespräch Herr Frommelt!

Zur Person

Christian Frommelt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Liechtenstein Institut. Er hat die Resultate der von Wilfried Marxer erhobenen Nachwahlbefragung analysiert. Die beiden Politologen haben die Resultate in den letzten Wochen mit Diskussionsveranstaltungen der Öffentlichkeit vorgestellt.

Unter Freunden ...

Text Thomas Lageder, info@freieliste.li

Netzwerke sind nichts Anrühiges. Manchmal bergen sie Geheimnisse. Sie helfen Privilegien zu sichern, über die nicht gerne gesprochen wird.

Man kennt sich, klar hilft man sich. Manchmal zum gegenseitigen Vorteil, manchmal, um jemandem eine Gefälligkeit zu erweisen, der auf die gute Beziehung pocht und Druck ausübt. Einige dieser Tauschgeschäfte sind nicht ganz sauber, weil sie das Gesetz oder die gängige Praxis umgehen: ein Auftrag, der ohne Ausschreibung vergeben wurde oder eine Beeinflussung, bei der eine Machtposition ausgenutzt worden ist. Solche Gegengeschäfte zur Beziehungspflege spielen sich häufig in einem kleinen Netzwerk von Mächtigen, dem Establishment, ab. Die Grenze zur Korruption wird manchmal ohne schlechte Absichten überschritten. Korruption ist oft Ausdruck partnerschaftlicher Kooperation, geteilter Interessen und elegant erreichter Ziele.

«Transparency International», die bekannte internationale Antikorruptionsorganisation definiert Korruption als den «Missbrauch einer anvertrauten Machtstellung zu privatem Nutzen». Ihre Hauptaufgabe sieht die Organisation in der Verbreitung von Information zur «Vetterliwirtschaft». Denn längst nicht in allen Kulturen wird Machtmissbrauch als etwas Illegales betrachtet. Die Menschen stossen sich zwar daran, weil es gegen ihre Vorstellungen von Fairplay geht, dafür den Begriff Korruption zu verwenden, geht ihnen aber zu weit. Auch in Liechtenstein spricht man nicht gerne von Korruption. Ein Evaluationsteam der «Gruppe der Staaten gegen Korruption» (GRECO) hat gezeigt, dass in den liechtensteinischen Ämtern und Organisationen nur wenige Personen eine Vorstellung davon haben, was alles unter den Begriff Korruption fällt. Hierzulande werden mit Korruption vor allem Bestechungsgelder in Verbindung gebracht, die hier kaum fliessen.

Interessenkonflikte, räumen die befragten Staatsangestellten aber ein, werden durch die Kleinheit des Landes sichtbar und führen oft zu einem Austausch von Gefälligkeiten auf lokaler Ebene.

Eine Kultur des Schweigens

Das «GRECO»-Team moniert, genau dies sei das Unbefriedigende, dass das Bewusstsein für potentielle Probleme fehle. «Das Land ist halt klein» bekam es «übermässig oft zu hören». Mit anderen Worten, es gibt Vetterliwirtschaft, das Interesse, diese zu bekämpfen, ist aber relativ gering. Im «GRECO» Bericht wird geklagt, dass «innerstaatliche Initiativen im Wesentlichen von aussen getrieben werden» und Liechtenstein sogar im Vergleich zu früheren Jahren zurückgefallen sei. Die Beschäftigung mit Korruption steht in Liechtenstein nicht auf Prioritätenliste. Das zeigt sich auch an der Tatsache, dass der Korruptions-Bericht fast ein Jahr lang nicht öffentlich zugänglich war und danach kaum aufgegriffen wurde. Dem wichtigsten Rat der «GRECO», nämlich über Korruptionsfälle zu berichten und die Bevölkerung für «Vetterliwirtschaft» zu sensibilisieren, wurde nicht gefolgt. Der Grund dafür wird im Bericht aus dem Jahr 2011 bereits selbsterfüllend prophezeit. Es liegt an der «Kultur des Schweigens», die nur sehr schwer zu durchbrechen ist, «und die im Gefühl des Wohlstands begründet» sei. Dies sind die Erklärungen der LiechtensteinerInnen mit denen die Evaluationsgruppe Gespräche geführt hat.

Der mangelnde Elan für die Korruptionsbekämpfung zeigt sich auch auf der Verwaltungsebene. Die Neubesetzung der Stabsstelle für Chancengleichheit wird bereits seit zwei Jahren verschleppt. Es ist immer noch unklar, wie es mit dieser wich-

tigen Anlaufstelle für Vetterli-Wirtschafts-Geschädigte weitergeht. Die empfohlene unabhängige Ombudsstelle für Menschenrechte schwebt ebenfalls im luftleeren Raum.

Das Gemauschel

Über das «Gemauschel» wird in Liechtenstein meist nur hinter vorgehaltener Hand gesprochen. Ein Beispiel für Günstlingspolitik, wurde ruchbar, weil die Casino-Lizenz-Vergabe am Gesetz vorbei manövriert wurde, (siehe folgenden Artikel). Dieser Fall zeigt exemplarisch, wohin die Verstrickungen des Politik-Establishments mit einem privaten Unternehmen führen können. Die Casino-Geschichte kam vor Gericht und hat es auch in die Zeitungen geschafft. Kaum beleuchtet werden aber andere Formen der Schattenwirtschaft, z.B. Parteiische Vergaben von Aufträgen und Jobs.

Eine Quelle beständigen Ärgers ist vielen die parteiische Besetzung von Positionen in Ämtern und Kommissionen: Ein Versprechen für einen Job in der Landesverwaltung ist bei den Grossparteien ein beliebtes Mittel, um KandidatInnen für Landtags- oder Gemeindewahlen zu gewinnen.

ExpertInnen empfehlen dringend, an diesem Punkt anzusetzen: Eine transparente Verwaltung ist für den Korruptionsexperten Daniel Thelesklaf ein Schlüssel im Kampf gegen die Schattenwirtschaft. «Korruption hat immer sehr viel damit zu tun, wie ein Land geführt wird. Skandinavische Länder haben den höchsten Standard gegen Korruption, in der Verwaltung gibt es praktisch keine Geheimakten», erklärt der Thelesklaf. Die Grossparteien sind nicht nur bei der Jobbesetzung in der Pole-Position. Sie sind es auch in der parteiischen

Korruption

Sicherung von Privilegien. Ein Beispiel dafür ist das Mediengesetz, das auch die Medienförderung regelt. Das Gesetz wurde so zugeschnitten, dass die Parteizeitungen «Vaterland» und «Volksblatt» von den Fördermitteln profitieren, viele andere Medien aber davon ausgeschlossen werden. Die Print-Zeitungen profitieren direkt von den Zahlungen. Auch die Ausbildungen der Journalisten werden zum Teil aus dem Medienförderungsstopp bezahlt.

Die Fördergelder des Staates tragen aber nicht dazu bei, dass diese Medien die Überwachungsfunktion stärker wahrnehmen. Diese so wichtige Rolle für die Demokratie können die Tageszeitungen wegen der Nähe zu den Grossparteien nur sehr beschränkt wahrnehmen.

Dabei kann gerade die Qualität der Medien im Kampf gegen die die Chancengleichheit zersetzende Vetterliwirtschaft nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die «GRECO» und auch Daniel Thelesklaf empfehlen gute und unabhängige Medien zu schaffen, die auch investigative Recherche betreiben. Diese wird in Liechtenstein gerne als Wühlmaus-Journalismus abgetan und kaum betrieben. Im «Greco»-Bericht wird rapportiert: «In ihrer Berichterstattung vermeiden die Tageszeitungen tendenziell Kontroversen über das Funktionieren der Institutionen.» Und weiter: «Es scheint einen breiten Konsens zu geben, dass – wie gewisse Gesprächspartner gesagt haben – das eigene Nest nicht beschmutzt werden sollte.»

Offenlegung schafft Vertrauen in Politik

Die versteckte Parteienfinanzierung über die Medienförderung von Vaterland und Volksblatt ist gemäss Thelesklaf problematisch. Ebenso problematisch ist die mangelnde Kontrolle der politischen Institutionen durch die Medien. Eine unabhängige Presse als vierte Gewalt ist in einem demokratischen Rechtsstaat unabdingbar. Thelesklafs Organisation fordert auch die Offenlegung der Spenden an die Parteien. Dies würde das Vertrauen in die Politik stärken und die Legitimität politischer Entscheide verbessern.

Transparenz ist der Feind der Schattenwirtschaft, ebenso die Bereitschaft, Dinge nicht einfach als gegeben anzuschauen. «Das war immer schon so», ist die resig-

nierende Begründung, die Thelesklaf im Kampf gegen Korruption am meisten hört. Nur Courage und Bereitschaft, die Systeme der Macht immer wieder zu hinterfragen, helfen gegen die Korruption. Die grosse Sorge der «Gruppe der Staaten gegen Korruption» gilt der Machtfülle des Fürsten, besonders seinem Einfluss auf die Justiz. Die Tatsache, dass der Fürst als Exekutivorgan den Verlauf von Untersuchungen und Strafverfahren in jeder Phase ändern könne, trage zur Korruptionsanfälligkeit des Systems bei. Dass dies eine ernsthafte Gefahr ist, zeigt das Beispiel «Datendieb Kieber». Es ist erwiesen, dass der Fürst in ein Gerichtsverfahren eingriff. Er sorgte dafür, dass Heinrich Kieber mit einer lächerlichen Strafe davonging, nachdem Kieber ihm versprochen hatte, dafür die geklauten Bank-Daten zurückzugeben.

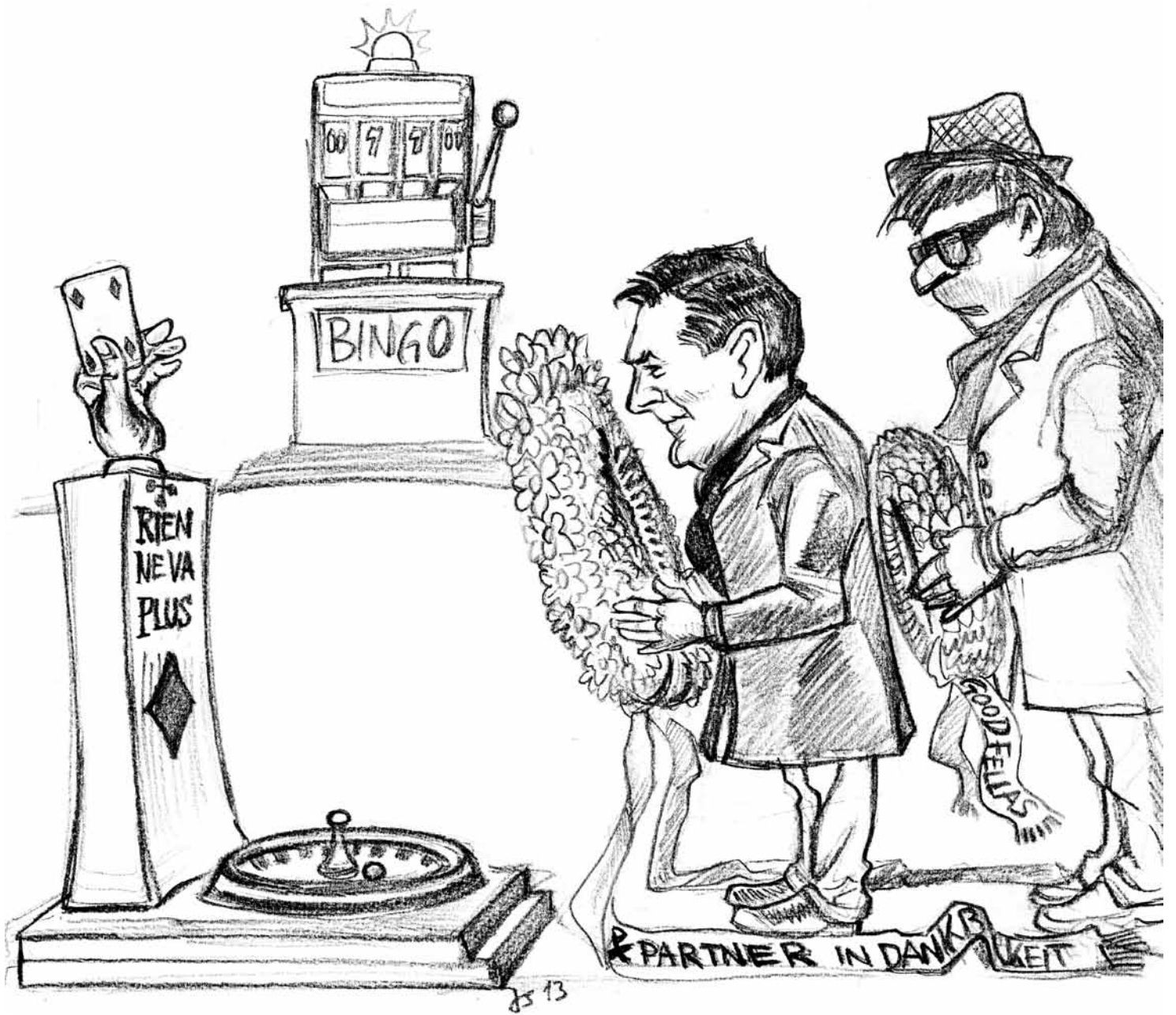
Im «GRECO»-Bericht heisst es, «die Beibehaltung solcher umfassenden Befugnisse in der Verfassung führt zu einem Übergewicht der exekutiven Gewalt». Es wird gefolgert, dass die Exekutive selbst ein Risiko für die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Strafrechtssystems darstellen könne.

Männlich, katholisch, korrupt

Eine andere Art, nämlich die gesellschaftlichen Faktoren für korruptionsanfällige Systeme, erforscht «Transparency Interna-

tional». Durch den Länder vergleichenden Korruptionsindex konnte das «Wo?» und auch das «Wie?» weitgehend geklärt werden. Nun versuchen die Forscher auch das «Warum?» zu knacken. Katholische oder islamische Länder schlagen auf dem Index stärker aus als andere. Über die Gründe kann der Index nichts sagen. Unerforscht ist auch, weshalb in Ländern, in denen Frauen den politischen Sektor besser kontrollieren, weniger Korruption herrscht. Werden Frauen in korrupten Staaten eher am Aufstieg in die Politik behindert? Es steht lediglich fest, dass es eine Korrelation zwischen hohem Frauenanteil im Parlament und tiefen Korruptionswerten gibt. Die «GRECO» geben zur Frauenförderung in der Politik keine Empfehlung ab. Sie raten Liechtenstein, zuerst einmal ein Bewusstsein für Korruption zu schaffen, und zwar für grössere Risiken in der Verfassung, wie auch für kleinere, alltägliche Korruptionsfälle. Dazu gehören Geschenke an PolitikerInnen und Staatsangestellte, wie beispielsweise Einladungen zu einem gediegenen Essen. Oft werden diese Geschenke und Gefälligkeiten gar nicht als Beeinflussung wahrgenommen. Auch sollen Nebeneinkünfte von Staatsangestellten und PolitikerInnen aufgedeckt werden, so dass mögliche Interessenskonflikte sichtbar werden. ■

Es scheint einen breiten
Konsens zu geben, dass
das eigene Nest nicht be-
schmutzt werden sollte.



Kranzniederlegung des Casino-Aufsichtsrates
in Vaduz, beim Denkmal des anonymen Spielers
auf dem Platz des einarmigen Banditen



Das Casino – wie es eigentlich geplant war

Text Thomas Lageder, info@freieliste.li

Nach dem phänomenalen Wahlsieg der FBP mit einer absoluten Mehrheit von 15 Mandaten zu Beginn dieses Jahres konnte heute am 1. Mai das neue Casino in Vaduz von Regierungschef Adrian Hasler und Parteipräsident Alexander Batliner eingeweiht werden. Unter den Ehrengästen befand sich Altregierungsrat Martin Meyer, der als treuester Unterstützer und Wegbereiter des Casinoprojekts gilt. Ihm gebührt von Seiten der Initianten des Projekts «Vaduzerhof» ein besonderer Dank, konnten doch durch ihn, mittels effizienter Gestaltung des Bewertungsbogens, einige Unwägbarkeiten beseitigt und dem Projekt zum Durchbruch verholfen werden. In dieser wichtigen Phase der äusserst objektiven Projektbewertung wurde dadurch auf elegante Art und Weise das Konkurrenzprojekt der «Casino Admiral AG» eliminiert, demwegen mangelndem Networking ohnehin nie eine reelle Chance eingeräumt wurde.

Die Errichtung des Casinos wurde in Rekordzeit realisiert und die Gewinne sprudeln nun. Das Casino ist ein wahrer Magnet für reiche Spieler aus der ganzen Welt, die per Helikopter mittels Sonderbewilligung beim Rheinparkstadion landen und ihre Petro-Dollars und Drogen-Peseten in rauen Mengen nächtelang verzocken. Von den rekordtiefen Steuersätzen profitieren aber nicht nur die Betreiber, sondern vor allem auch der Staat. Der Staat sorgt sich aber auch um die Casinobetreiber und

zieht diesen deutlich weniger Steuern ab, als das gegenüber Spielsüchtigen äusserst unfreundliche Helvetien.

Das Casino hat sich schon vor der Eröffnung als veritabler Standortvorteil entpuppt. Firmenbosse internationaler Unternehmen rennen Liechtenstein quasi die Türen ein und wollen ihre Unternehmen im Kleinstaat ansiedeln, denn es ist unbestritten, dass ein Casino als klassischer «Soft-Faktor» in vielerlei Hinsicht das entscheidende und massgebliche Element für eine Ansiedlung ist. Der Zockertempel ist aber auch dahingehend ein Meilenstein, dass er als Fanal der Zusammenarbeit von Regierung, Partei und Privaten betrachtet wird. Diese Symbiose von unternehmerischen und von politischen Kompetenzen kann als leuchtendes Beispiel bezeichnet werden und wird in Zukunft Vorbildcharakter geniessen.

Auch international hat diese neue Form einer Zusammenarbeit über alle Instanzen hinweg für ein positives Echo gesorgt. Endlich hat Liechtenstein erkannt, welche staatlichen Dienstleistungen gefragt sind und dass Politik und Unternehmertum, um etwas ihre Karten mischen müssen. Dies ist am Beispiel des Projekts «Vaduzerhof» augenscheinlich. Auch wenn das Projekt zu Anfang vielleicht nicht das absolut beste war und die Partner kurz ausgewechselt werden mussten, konnten diese Kinderkrankheiten und unwesentlichen Zweifel in guter Zusammenarbeit ausge-

räumt werden. Es zeigt sich einmal mehr, dass mit etwas gutem Willen, gegenseitigem Entgegenkommen und mit Mal-fünf-gerade-sein-Lassen Erstaunliches erreicht werden kann.

Liechtenstein setzt mit seiner eigenwilligen Realisierung des Casino-Projekts auch ein Zeichen für einen heimischen Casino-Kapitalismus im Zeichen des «Metanand» (von Bewerbern und Bewertern). Als Zeichen der Wertschätzung geniessen denn auch alle an der Realisierung Beteiligten ein unbefristetes, unentgeltliches, alleiniges und unbeschränktes Wodka-Martini-Bezugsrecht im Casino «Vaduzerhof».

In diesem Sinne viel Glück und Gottes Segen dem neuen Casino. ■



Kosten senken, Transparenz schaffen und Demokratie stärken

Text Helen Konzett Bargetze, helen.konzettbargetze@landtag.li

Die Landtags-, die Regierungs- und auch die Gemeinderatsarbeit findet in der Öffentlichkeit viel Beachtung, anders die Kommissionsarbeit. Dabei passiert gerade dort viel Richtungsweisendes. Die Kommissionen wirken in verschiedensten Fachbereichen z.B. bei Medien, Landwirtschaft oder Energie beratend auf die Regierung ein. Es lohnt sich also, diese politischen Gremien genauer unter die Lupe zu nehmen: Auf Landesebene gibt es 56 Landeskommissionen und -Beiräte sowie sieben Beschwerdekommisionen und mehrere Unterrichtskommissionen. Die Anzahl der Landeskommissionen ist hoch: ihre Zwecke und ihre Zusammensetzungen werden im sogenannten Staatskalender von der Regierung jährlich im Frühling als Broschüre publiziert (online unter www.llv.li/pdf-llv-rk-staatskalender12_gesamt_mai.pdf). Leider erfährt man nicht, wie von der Regierung fachlich qualifizierte BewerberInnen rekrutiert werden. Für InteressentInnen ist es oft gar nicht möglich sich zu bewerben, weil sie nichts von der KandidatInnen-Suche wissen.

Besserer Einbezug aller

Die Verwaltung wird gerade reformiert und somit neu geordnet: Also müsste die neue Regierung bei konsequentem Abschluss der Reform auch die Kommissionen prüfen. Der alten Regierung wurde vorgeworfen, intransparent gehandelt und die Menschen nicht miteinbezogen zu ha-

ben. Die neue Regierung sollte nun zeigen, wie ernst es ihr mit dem Einbezug der Bevölkerung ist: Legt sie den Rekrutierungsprozess für Kommissionen offen, gäbe sie ein Signal, dass sie allen BewohnerInnen eine gerechte Chance zur Mitarbeit bieten möchte und es wäre auch ein Zeichen, dass die Zeit des «Hinter-verschlossenen-Türen-Entscheidens» vorbei ist.

Ein weiterer Aspekt ist die Prüfung des Sparpotentials: Am Sparkurs in der Verwaltung wird sich so schnell nichts ändern. Es muss daher geprüft werden, ob eine Reduktion der Anzahl der Kommissionen und der Mitgliederzahl pro Kommission möglich ist.

Die «Milchmarktkommission» und die «Kommission zur Förderung von Investitionen in die Landwirtschaft» haben möglicherweise Synergiepotential. Ebenso die Kommission für die Ausrichtung von Wirtschaftsbeiträgen zur Erhaltung der Magerwiesen und die Umweltschutzkommission oder die Energiekommission und die Kommission für Energiemarktaufsicht. Eine vertiefte Abklärung kann zeigen, welche Kommissionen schlanker gemacht und welche zusammengefügt werden können.

Ein vergessenes Thema

Einige Kommissionen sind auf die Verwaltung beschränkt. Es stellt sich die Frage, ob deren Aufgabenbereiche auch verwaltungsintern ohne Kommissionen geregelt werden könnten.

Einige könnten erweitert werden, so dass der Aufgabenbereich wächst, andere aufgelöst werden.

Wer den Staatskalender durchblättert, dem fällt auf, dass einige Personen in mehreren Kommissionen arbeiten, welche zum Teil fachlich ähnlich sind oder oft auch gar nichts miteinander zu tun haben. Es wäre doch besser, die Aufgaben auf mehrere Menschen zu verteilen und die fachlich geeigneten Personen in die Kommissionen zu berufen. Bei einer Revision der Kommissionsbesetzungen würde die Arbeit der Kommissionsmitglieder auch vielfältiger und interessanter.

Nicht überall ist ein Konzentrationsprozess notwendig, sinnvoll oder möglich. Gewisse staatliche Aufgaben benötigen aus Gründen der Unabhängigkeit, notwendiger Fachkompetenz oder wegen internationalen Vereinbarungen weiterhin spezifische Kommissionen oder Räte: zum Beispiel die acht verschiedenen Prüfungskommissionen für Berufsfachleute wie etwa Wirtschaftsprüfer oder Gastwirte, der Lawinendienst oder die Berufsmaturakommission.

Für eine Revision braucht es Gesetzesänderungen, welche die Regierung vorschlagen kann – aus Sicht der Freien Liste sogar vorschlagen muss. Wird die Regierung nicht von sich aus tätig, wird die Freie Liste mit einem parlamentarischen Vorstoss auf eine Überprüfung hinwirken. ■

Viele Politiker waren auf Besitzstandwahrung aus

Interview Barbara Jehle, info@weissmagazin.li Foto Barbara Jehle

Gesellschaftliche Neuerungen kamen in Liechtenstein sehr träge in Gang und meist nur, wenn sie den Privilegierten nützlich waren. Das führte in der Geschichte immer mal wieder zu kleineren Protesten gegen das Establishment, erklärt Klaus Biedermann.

WEISS Wie kam es eigentlich zu den Parteiausbildungen- und Gräben?

Klaus Biedermann Die ersten Parteien in Liechtenstein wurden 1918 gegründet. Diese Zeit am Ende des Ersten Weltkriegs war geprägt durch Versorgungsengpässe und Hunger. Mit Österreich, das den Krieg verlor, hatte Liechtenstein einen Zollvertrag. Es gab daher Zweifel an der Neutralität Liechtensteins. Wegen der unsicheren Zukunftsaussichten an der Seite Österreichs kündigte Liechtenstein 1919 den Zollvertrag. Man erwog, sich der Schweiz zuzuwenden. Die zwei neuen Parteien im Fürstentum, die christlich soziale Volkspartei und die Fortschrittliche Bürgerpartei, bezogen Stellung. Anhänger der Volkspartei waren eher Schweiz-freundlich: Viele von ihnen hatten als Saisoniers in der Schweiz gearbeitet und von dort auch demokratische Ideen mitgebracht. Die FBP war konservativer, eher Österreich-freundlich und dem Fürstenhaus nahestehend. Sie wollte zwar ebenfalls Reformen, aber nicht gegen den Willen des Fürsten.

Es gab Unterschiede zwischen den Parteien?

Ja, beide Parteien waren zwar eher konservativ, aber es gab Unterschiede. Die Bürgerpartei war mehr eine Partei der Bauern und der Kirche, und weniger eine Partei der Arbeiter. Daher kamen auch die volkstümlichen Namen: die «Schwarzen» beziehungsweise die «Roten».

Überlieferte, halbernst gemeinte Sätze wie «nur ein toter Roter ist ein guter Roter» lassen darauf schliessen, dass die Parteien teilweise heftig zerstritten waren.

Es gab handfeste Auseinandersetzungen, die Zeit nach den Parteigründungen war wie gesagt schwierig. Wir hatten 1927 die grosse Rhein-Überschwemmung, die fruchtbaren Ackerboden zerstörte. Die Volkspartei regierte von 1922 bis 1928. Es gab 1928 den Sparkassa-Skandal – es wurde Geld aus der Sparkassa verspekuliert. Den Roten wurde mangelnde Aufsicht vorgeworfen. Der Fürst rief Neuwahlen aus, welche die FBP klar gewonnen hat. Pfarrer Anton Frommelt war in der FBP eine starke Person und hatte die Arbeitvergabe unter sich. 1931 bis 1943 wurde der Binnenkanal gebaut, um die Rheintalebene zu entwässern und zusätzliches Land zu gewinnen, das generierte Arbeit. Man hat Anton Frommelt vorgeworfen, bei Arbeitsvergaben die Anhänger der FBP zu bevorzugen. Diese Vorwürfe enthalten einiges an Wahrheit.

Hat sich die Volkspartei die Ungleichbehandlung gefallen lassen?

Sie wollte natürlich an Einfluss zurückgewinnen. Zweimal, 1930 und 1935, forderte sie ein Proporzwahlrecht, um besser im Landtag vertreten zu sein. Es gab sogar eine Zeit – 1930 bis 1932 – in der nur die FBP im Landtag war. 1936 folgte die Fusion zwischen der Volkspartei und dem Heimatdienst zur Vaterländischen Union. Das veränderte diese Partei, denn die Heimatdienst-Exponenten gaben in der neuen VU den Ton an.

Die VU bekam einen antisemitischen Touch...

... ja, das kann man sagen, doch ein gewisser Antisemitismus war zu dieser Zeit

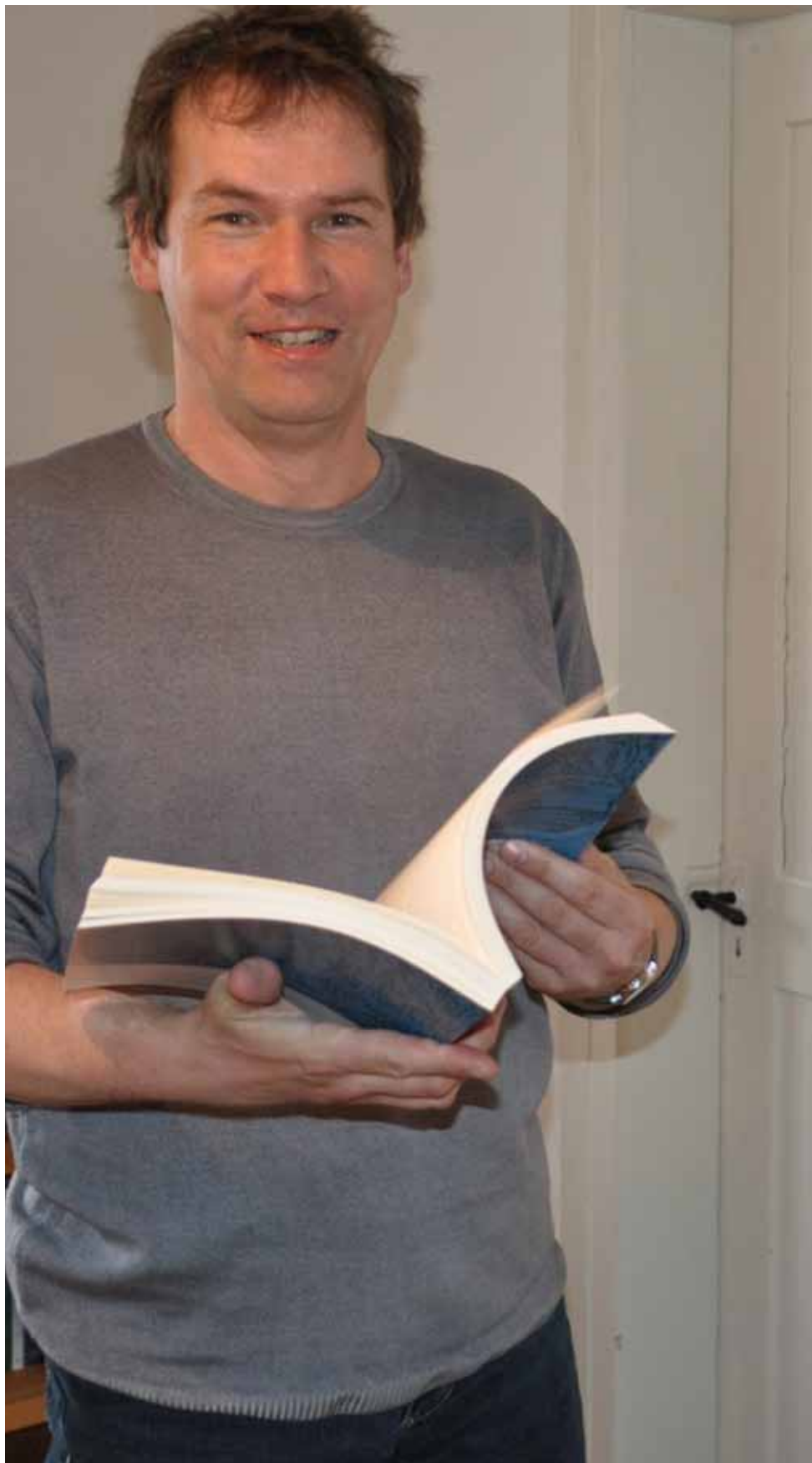
durchaus salonfähig, auch in Liechtenstein. Es erschien in dieser Zeit die nationalsozialistische Zeitung der «Umbruch».

Wie sah es damals mit Protestäusserungen aus?

Andreas Vogt aus Balzers war 1920 Mitbegründer des Arbeiterverbandes. Er hatte kurz zuvor als Zuhörer im Landtag mit dem Ausruf «Nieder mit der Regierung! Hoch die Republik!» auf sich aufmerksam gemacht. Später war er gemässigter und hat sich wieder zu Monarchie bekannt. Er wurde dann 1926 auch in den Landtag gewählt.

Mit radikalen Parolen wird man also nicht in den Landtag gewählt?

Nein, kaum. Mässigung war gefragt. Viele Politiker waren auf Besitzstandwahrung und Aufrechterhaltung der Ordnung aus. Das ist schon im 19. Jahrhundert feststellbar. 1862 wurde mit der neuen Verfassung erstmals die Möglichkeit gegeben, einen Landtag zu wählen, der als echte Volksvertretung angesehen werden kann. In diesem Landtag sassen auch einige «Ausländer». «Ausländer» deshalb, weil sie ins Land gekommene Beamte waren, die laut Gesetz als liechtensteinische Staatsbürger galten. Für Reformen offen waren eben gerade diese «Ausländer» im Landtag: So der Reallehrer Gregor Fischer, aber auch der Jurist Markus Kessler. Zudem setzte sich der in Vaduz eingebürgerte Industrielle Franz Anton Kirchtaler für Benachteiligte ein. Zu diesen gehörten die sogenannten Hintersassen, Bürger zweiter Klasse, zumeist aus der Unterschicht



stammend. Sie waren Staatsbürger, aber ohne Nutzungsrechte in ihrer Heimatgemeinde. Auf Druck der fortschrittlichen Abgeordneten wurden die Hintersassen per Gesetz 1864 zu Gemeindebürgern – gegen den Widerstand von Abgeordneten im Landtag, die primär Vertreter der Gemeinden waren.

War dies bedeutsam für mehr Chancengerechtigkeit?

Viel hat sich dadurch nicht geändert. Die Hintersassen mussten sich nämlich in die Nutzungsrechte einkaufen, das war eine grosse Hürde. Hintersassen ohne Einkauf in die Nutzungsrechte konnten keinen Landwirtschaftsbetrieb führen. Viele waren Kleinhandwerker, zum Teil mit einer nicht-esshaften Lebensweise. Sie arbeiteten als Zeinenmacher, Besenbinder, auch als Schleifer oder als Dachrinnenmacher. Viele waren zur Auswanderung gezwungen.

Eine andere Art der Privilegiensicherung ist die 8-Prozent-Sperrklausel, die Parteien bei einer Landtagswahl überwinden müssen.

Ja, wobei diese Sperrklausel 1939 sogar bei 18 Prozent festgelegt wurde. Man befürchtete damals, dass die gut 200 Anhänger der Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein, umgerechnet über 10 Prozent der Wähler, im Landtag vertreten sein könnten. In den 1960er Jahren gab es eine neue Gruppierung, die Christlichsoziale Partei, sie erreichte bei Landtagswahlen immerhin 10 Prozent, konnte aber damit die 18-Prozent-Hürde nicht überwinden. Sie hat gegen die Sperrklausel geklagt, verfügte aber nicht mehr über die Kraft, sich längerfristig zu halten.

Wegen der Sperrklausel ist also viel politisches Potential verpufft und das Zwei-Parteien-System hat sich zementiert.

Ja, das ist eigentlich schade.

Wurden Proteste gegen das Establishment durch das Zweiparteien-System unterdrückt?

Ich glaube, der Hauptgrund dafür ist die Kleinheit des Landes. Es ist hier schwierig, Protest zu äussern, man exponiert sich rasch einmal. Ich habe mit Leuten gesprochen, die das Land in den 1960er Jahren verlassen haben: Diese haben im Ausland

studiert und kamen nicht zurück, weil sie das Land als «zu eng» empfunden haben.

Was bedeutet das genau, «zu eng»?

Sie glaubten nicht, dass sich in Liechtenstein etwas verändern lässt. Dabei entstand gerade in den späten 1960er Jahren eine politische Bewegung. Eine wichtige Rolle spielten Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums, die sich für ein Frauenstimmrecht engagiert haben.

Wann gab es in Liechtenstein noch solche Bewegungen?

1848 forderte Peter Kaiser mehr Demokratie und Mitspracherechte. Er hat kritische Stimmen aus dem Volk in einem Schreiben an den Fürsten gebündelt. «Wir wollen in Zukunft nicht als Untertanen, sondern als Bürger behandelt sein», war sein berühmter Satz. Alois II. war bereit, Rechte abzugeben, hat aber vorsichtig darauf geschickt, was in Österreich passierte. Nachdem die Revolution in Österreich 1849 scheiterte, zog auch er seine Zugeständnisse in Liechtenstein wieder zurück. Ausdruck von Protest gab es immer mal wieder.

Waren die engmaschigen Netzwerke nie ein Thema?

Die Menschen in Liechtenstein waren bis ins 19. Jahrhundert hinein sehr obrigkeitsgläubig. Die Volkspartei hingegen vertrat 1918 die Parole, dass der Landesverweser, also der Regierungschef in Zukunft kein österreichischer Beamter, sondern ein Liechtensteiner sein sollte. Dies wurde im selben Jahr erreicht, aber nicht auf einem gesetzlichen Weg. Der damalige Landesverweser Leopold von Imhof wurde einfach abgesetzt, was die Bürgerpartei nicht goutierte.

Eine politische Partei wehrt sich gegen mehr Demokratie und Mitbestimmungsrechte, eine eigenartige Vorstellung ...

Die Bürgerpartei war 1918 nicht gegen einen einheimischen Regierungschef, doch sie verurteilte die Absetzung des Landesverwesers. Manchmal wehrt sich sogar das Volk gegen mehr Mitspracherechte, wie 2012 bei der Abstimmung über die Initiative «Damit Deine Stimme zählt». Bei solchen Entscheiden spielt oft die Frage

«Einige glaubten nicht, dass sich in Liechtenstein etwas verändern lässt.»

eine Rolle: Nützt es uns oder schadet es uns? Die Frage nach dem Nutzen war früher schon zentral. Bereits bei Neubürgern im 19. Jahrhundert lässt sich dies zeigen, zum Beispiel beim wohlhabenden Johann Georg Marxer, 1857 in Vaduz eingebürgert und zum Vorsteher gewählt. Von der Mitgliedschaft in der Vaduzer Alpengenossenschaft blieb er indes ausgeschlossen, «da diese von ihm unangetastet und unberührt nach ihren alten Gewohnheiten zu bestehen hat».

Kann man behaupten, dass Demokratie dann positiv bewertet wird, wenn sie einen pragmatischen Nutzen hat?

Ich glaube schon, dass das einen Teil der liechtensteinischen Mentalität ausmacht. Wenn es ums Überleben geht, gibt man sich einen Ruck.

Gerechtigkeit und Gleichheit musste erkauf werden, das hat also Tradition.

Ja, lange galt in den Gemeinden ein Stimmrecht nach Haushalt. Männer mussten Frauen ins Gemeindebürgerrecht einkaufen. Frauen aus anderen Gemeinden waren günstiger als Ausländerinnen. Wenn der Mann den Einkauf nicht geleistet hat, so verlor er den Bürgernutzen. Die Einkaufszahlungen erfolgten oft in Raten: Für viele war es alles andere als leicht, diese zu leisten.

Gibt es eine Erklärung dafür, wieso die Parteizugehörigkeit weitervererbt wurde?

Ich denke, das kommt von der Familienloyalität: Man möchte nicht die Verfahren desavouieren. Jetzt lässt das etwas

nach. Ich sehe das Ergebnis der jüngsten Landtagswahlen positiv. Ich hatte die Befürchtung, dass im neuen Landtag nur noch zwei Parteien vertreten sein könnten, was zum Glück nicht so gekommen ist. Es ist sicher ein Ruck durch die Demokratie gegangen.

Herzlichen Dank für das interessante Gespräch Herr Biedermann.

Forschungsarbeit von Klaus Biedermann

Klaus Biedermann ist Historiker und hat an diversen Forschungsprojekten und kürzlich an einem Geschichtslehrbuch mitgearbeitet. Die Forschungsergebnisse zur Einbürgerungspraxis, auf die er im Interview Bezug nimmt, sind im folgenden Buchtitel festgehalten: «Aus Überzeugung, dass er der Gemeinde von grossem Nutzen seyn werde». Einbürgerungen in Liechtenstein im Spannungsfeld von Staat und Gemeinden 1809–1918. Vaduz, Zürich 2012. (322 Seiten; Preis: 30 Fr.)

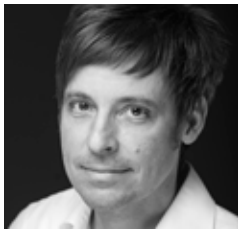
Das Establishment und das enge Netz

Bilder Privat

Welches sind die Vorteile oder die Nachteile der Engmaschigkeit in Liechtenstein? Wo ist sie ungerecht, wann ein ewiges Ärgernis, wo fängt sie im positiven Sinn auf? Freie Mitarbeiter des WEISS-Magazins haben sich von diesen Fragen inspirieren lassen.

Distanz tut not

Text Jürgen Schremser, Vaduz/Wien



Als gelernter Liechtensteiner sind für mich die Naheverhältnisse im Kleinstaat ebenso vertraut wie herausfordernd. Vertraut ist mir der direkte, unprätentiöse Ton im mundartlichen Umgang, der bis in die Verwaltungsspitze reicht und eigentlich erst auf Schloss Vaduz durch andere Konventionen ausgetauscht werden muss. Z.B. damals, beim Empfang unserer Maturaklasse durch Franz Josef II. Doch allein der Umstand, dass ein ganzer Maturajahrgang vom politisch mächtigsten Mann im Land zum Plauderstündchen mit Salzgebäck und Sekt geladen wurde, spricht Bände über den leutseligen Grundton in Liechtenstein. Im Laufe der Zeit ist mir das landesübliche Ineinander von Familiärem und Öffentlichem, Staat und Gesellschaft zusehends als etwas erschienen, das unter all den angehäuften Gefälligkeiten und Rücksichtnahmen das Selbständig- und Selbstbewusstsein der «Landeskinder» enorm erschwert. Wo alle so nett sind, fällt das Nein-Sagen nicht leicht. Während sich in grösseren Staaten das Problem stellt, Bürgernähe angesichts

einer abgehobenen Funktionärsklasse herzustellen, ist es in Liechtenstein wichtig, den Staat nicht als Familienangelegenheit und in Bildern einer trauten Ehe wahr zu nehmen. Die Ein- und Ausschlussrituale einer auf Harmonie eingeschworenen liechtensteinischen «Volksgemeinschaft» sind belastend und entwürdigend. Sie nähren die Angst, nicht (mehr) dazu zu gehören und empfehlen den Bürgern Loyalität mit der Drohung des Liebesentzugs, ja des Verlusts ihrer Staatsform und Identität. Diese emotionale Verklumpung von Staat und Gesellschaft ist der Gesundheit abträglich (Verstopfungserscheinungen, Magengeschwüre, Zynismus); sie muss durch Selbstkritik, Ironie und ein Denken in Alternativen immer wieder aufgelöst werden. ■

Ins Netz gegangen

Text Sabine Bockmühl, Triesen



Wenn die Nachbarin meint, die andere Nachbarin putze die Fenster zu wenig, dann ist's gewiss: «Man» weiss, wie oft man selbst das Fensterleder schwingt.

Wenn der Nachbar fragt, ob's Maadtle immer noch diesen vor ihm nie erwähnten Freund hat, dann weiss man, es wird beobachtet, wer ein- und ausgeht. Es ist illusorisch anzunehmen, niemand hätte einen gesehen, wenn man ein Mal nackt durch die Wohnung huscht. Big Brother & Sister wissen zudem haargenau, in welchen Kreisen man verkehrt oder ob man eingebürgert, eingehiratet oder ein Blut- und Boden-Liechtensteiner ist. Man weiss, wer mit wem, wer drögelet oder säuft und wer mit wem in den Haaren liegt. Google ist nichts im Vergleich zu den allsehenden Augen des kollektiven Bewusstseins. Da kann man froh sein, nicht alles zu wissen, was die anderen über einen wissen. Die Anonymität der fremden Städte hat berausende Wirkung. Die Vorstellung, unerkannt und losgelöst herumzustreunen, ist befreiend. Auszeiten dann und wann sind unerlässlich. Eine Weile lang mag man das Bad im Anonymen geniessen, knüpft Bekanntschaften, die der Zufall bestimmt und nicht die Enge, wird anderswo ein Weltenbürger in lockerem Verbund.

Die Enge besitzt eine heimelige Komponente, man geht so rasch nicht verloren und ist auf seltsame Weise mit diesem Kollektiv verwoben, vielleicht als schräger Knopf an langer Leine. Falls man sich selber, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr kennt: Irgendjemand auf der Strasse grüsst dich beim Namen und weiss Dinge über dich, die dir im Traum nicht einfallen würden. ■

Ein Strukturprojekt einer überdimensionierten Bauwirtschaft

Text Helmuth Marxer, Vaduz



Die obersten Strassenbauer nennen das Projekt verharmlosend «Zubringerprojekt». Sie wollen uns weismachen, dass diese Verbindungsstrasse entlang dem Rheindamm ein absolut dringendes Infrastrukturalprojekt ist. Könnte es nicht sein, dass es eher ein Strukturprojekt einer überdimensionierten Bauwirtschaft ist? Geht es darum, den Bau- und Planungsfirmen einen satten Auftrag für die nahe Zukunft zu zu schenken?

Es spricht viel gegen das Projekt

Eine Grundwasserschutzzone würde beeinträchtigt und Tausende Quadratmeter Landwirtschaftsfläche wären verloren. Wer schon wenig davon hat, sollte nicht verschwenderisch damit umgehen. Das Projekt nützt der Wirtschaft Liechtensteins nichts. Es macht lediglich den Auto-Arbeitsweg für Pendler noch attraktiver. Diese können dann den Aukreisel umfahren,

um schneller nach Vaduz-Süd und Triesen zu gelangen. Der Autoverkehr wird zunehmen und sich beim Sonnenkreisel (Maschlina-Quartier) stauen. Spätestens dann verlagert sich der Verkehr wieder in die Zollstrasse Vaduz.

Die Verkehrsüberbelastung ist ein Luxusproblem. Zu Stosszeiten harzt der Verkehr auf der ganzen Welt. Weshalb sollen wir zig Millionen Franken für ein fragwürdiges Projekt ausgeben und damit alle Sparbemühungen unterlaufen?

Zählen denn in FL nur noch wirtschaftliche Interessen? Sind die Bekenntnisse der Politiker zur Erhaltung einer intakten Umwelt noch glaubhaft? ■

Vom Misstrauen gegenüber Bancomaten

Text Florin Hasler, Zürich/Vaduz



«Also i bi schockiert, wia eigentlich alli Lüt, won i sit em Samstag troffa ha. Es git ka anders Thema ... met jedera Person, wo ma uf dr Stross siat. För mi isch's total unver-

ständig, also i kas fascht ned begrieffa.»

Die Rede ist nicht etwa von der Abdankung des Landesfürsten oder einer bevorstehenden Annexion Liechtensteins durch die Schweiz, nein, das völlige Unverständnis und die tiefe Bestürzung wurden ausgelöst durch die Bekanntgabe der Schliessung der Landesbank-Filialen in Schaan und Triesenberg. Auch in der breiten Bevölkerung war der Aufschrei enorm: zahlreiche Leserbriefe sind erschienen, es werden Unterschriften gesammelt und nicht zuletzt wurde eine Facebook-Gruppe gegründet.

Vom staatlichen Leistungsauftrag bis zum Misstrauen gegenüber Bancomaten wurden sämtliche Argumente aufgeführt. Ganz grundsätzlich kann es doch nicht angehen, dass die Bonzen von der LLB-Geschäftsleitung als Lohn dafür, dass sie «dr Karra ad Wand gfhara henn», Bonis in Millionenhöhe erhalten, während der hart arbeitende Kleinsparer bald zehn Minuten (länger) mit dem Range Rover nach Vaduz oder Balzers fahren muss. Und wer soll sich für den kleinen Mann einsetzen, wenn nicht Harry Quaderer?

Immerhin hat die Bevölkerung begriffen, dass wir in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten zusammenstehen müssen und so gibt es Solidaritätsbekundungen aus dem Norden: «Liebe Leute, ihr jammert auf hohem (sic!) Niveau. Im ganzen Unterland hat es eine Bank. Wir können es, dann könnt ihr es sicher auch!» Deshalb werde auch ich persönlich meinen Teil dazu beitragen und keine Ruhe geben, bis nicht auch der Hinterletzte eine LLB-Filiale unmittelbar vor der Haustüre hat! ■

Modernisierungsgegner = Leute, die nicht mehr Strassen wollen?

Text Helen Marxer, Vaduz



Offenbar wird in Erwägung gezogen, die 13. AHV abzuschaffen. Dies ist erneut ein Versuch, bei den sozial Schwachen zu sparen. Wer keine Pensionsgelder erhält und kein Vermögen hat, also nur von der AHV lebt, den trifft dies hart. Ausserdem ist der Spareffekt nicht sehr gross. Es wäre gescheiter, endlich die Einnahmen aus Mieten und Wertpapieren zu besteuern und die Couponsteuer wieder einzuführen.

Was ich mich auch frage: Warum versteckt sich der «Gewerbler» anonym mit seinem Ruf nach mehr Strassen hinter einer Glosse, wo es doch sein heiliger Ernst ist? Modernisierungsgegner nennt er die Leute, die nicht noch mehr Strassen wollen. Dabei ist längst bewiesen, dass neue Strassen mehr Verkehr anziehen. Um Strassen durchzusetzen, wünscht sich der «Gewerbler» vom Osterhasen eine Einschränkung

des Verbandsbeschwerderechts. Das heisst nichts anderes, als dass man allen, die sich gegen die Verschwendung von knappem Landwirtschaftsboden wehren, einen Maulkorb umbindet. Die Planer und Strassenbauer wollen freie Hand haben. Wir wünschen dem «Gewerbler» mehr Weitsicht und Engagement für eine lebenswerte Zukunft, und dies nicht nur an Ostern. ■

Klein, kleiner, Liechtensteiner

Text Sebastian Sele, Eschen/Zürich



«Wir haben gehalten in der langweiligsten Landschaft der Welt»

Liechtenstein, du langweilst mich. Herausgeputzt lebst du dein monotones Leben, eingequetscht zwischen 40-Stunden-Woche und Feierabendbier. Im gesellschaftlichen Einerlei ist deine grösste Angst, was der Kieber Franz wohl denkt, wenn deine rot-blaue Fahne zum Fürs-

tenfest nicht frisch gebügelt ist. «Ist doch toll, wenn man keine grösseren Probleme hat», meinst du. Schön und gut. Aber hast du auch einmal darüber nachgedacht, was dir dabei verloren geht? An deine Kreativität? Deine Kritikfähigkeit? Deinen Mut? Sie verpuffen in der sozialen Engmaschigkeit.

«Und wie man allerorten hört wird die Gartenbaukunst hier noch gerne gepflegt»

In der Konsequenz geht dir vieles an Potential verloren. Dabei würde sich deine Kleinheit anbieten, Mut zu beweisen, Innovationen zu wagen, Vorbild zu sein. Stattdessen: Vorhersehbarer Einheitsbrei. Auch die Politik bleibt mit ihrem Zwei-Parteien-Rührei nicht davon verschont.

«Und alles was wir hassen seit dem ersten Tag wird uns niemals verlassen, weil man es eigentlich ja mag»

Aber wir bleiben. Versuchen den Aufschrei gesellschaftsfähig zu machen. Am 03. Februar hat sich der Funke der Hoffnung erneut entzündet. Erstmals in deiner Geschichte, hast du ein solches Zeichen für den politischen Wandel gesetzt. Erstmals gibt es eine in ihrer Handlungsmacht ernstzunehmende Opposition. Erstmals bist du gezwungen, die Lauten laut sein zu lassen.

«Let there be rock.» ■

Landtagsabgeordnete im Profilvergleich

Redaktion Barbara Jehle Grafik Manuel Frick

Welche politischen Ansichten haben die Abgeordneten der verschiedenen Parteien? Welche Bandbreite an politischen Ansichten ist innerhalb einer Partei vertreten? Diese neue Rubrik gibt Aufschlüsse.

Auch wenn es in Liechtenstein keine grossen Unterschiede zwischen den Parteiprogrammen der Mehrheitsparteien gibt, ist es für alle Abgeordneten möglich, linke, rechte, grüne, liberale Haltungen oder sehr wertkonservative Ideen zu vertreten. Dass das Freie Mandat von den Landtagsabgeordneten gut gelebt wird, hat eine Untersuchung gezeigt. Die Unabhängigen (DU) haben ihre Unabhängigkeit sogar zum Wahl-Versprechen gemacht. Die einzelnen Menschen stehen bei einer Wahl in Liechtenstein im Zentrum. In dieser neuen Rubrik werden in loser Folge politische Profile der neu gewählten Abgeordneten vorgestellt. Judith Öhri (VU) und Karin Rüdissler-Quaderer (VU) haben ihre Profile neu bestimmen lassen. Sie werden dem Profil von Helen Konzett Bargetze (FL) gegenübergestellt, das vor vier Jahren ermittelt wurde. Den Fragebogen für die Diagramme hat der Politologe Manuel Frick für eine Lizenziatsarbeit entwickelt. Er hat vor den Landtagswahlen 2009 die Kandidierenden aller Parteien damit befragt und ein Parteidurchschnittsprofil errechnet.

Die Zeit ist heute eine andere als vor vier Jahren, als Sparen noch nicht das alles bestimmende Thema in der Landtagsarbeit war. Daher ist es sehr interessant, wie sich die Profile der Abgeordneten in Bezug auf «restriktive Finanzpolitik» und starke staatliche Unterstützung von sozialen Institutionen im Vergleich zu den vor vier Jahren erhobenen Durchschnittswerten der Parteien verändern. Die Profile zeigen, dass es viele Gemeinsamkeiten über die Parteigrenzen hinweg gibt. ■



Judith Öhri (VU)

Judith Öhri ist Psychologin und führt ihr eigenes Berufsberatungszentrum. Die Ruggellerin ist neu in den Landtag gewählt worden. Sie hat bereits als amtierende Gemeinderätin politische Erfahrung gesammelt.



Karin Rüdissler-Quaderer (VU)

Karin Rüdissler-Quaderer aus Schaan ist Fachfrau für Psychiatrie und Geschäftsführerin des Kriseninterventionsteams. Sie wurde wie ihre Parteikollegin neu in den Landtag gewählt und ist seit dem Jahr 2003 Gemeinderätin. Die Landtagsabgeordnete ist verheiratet und Mutter eines Sohnes.



Helen Konzett Bargetze (FL)

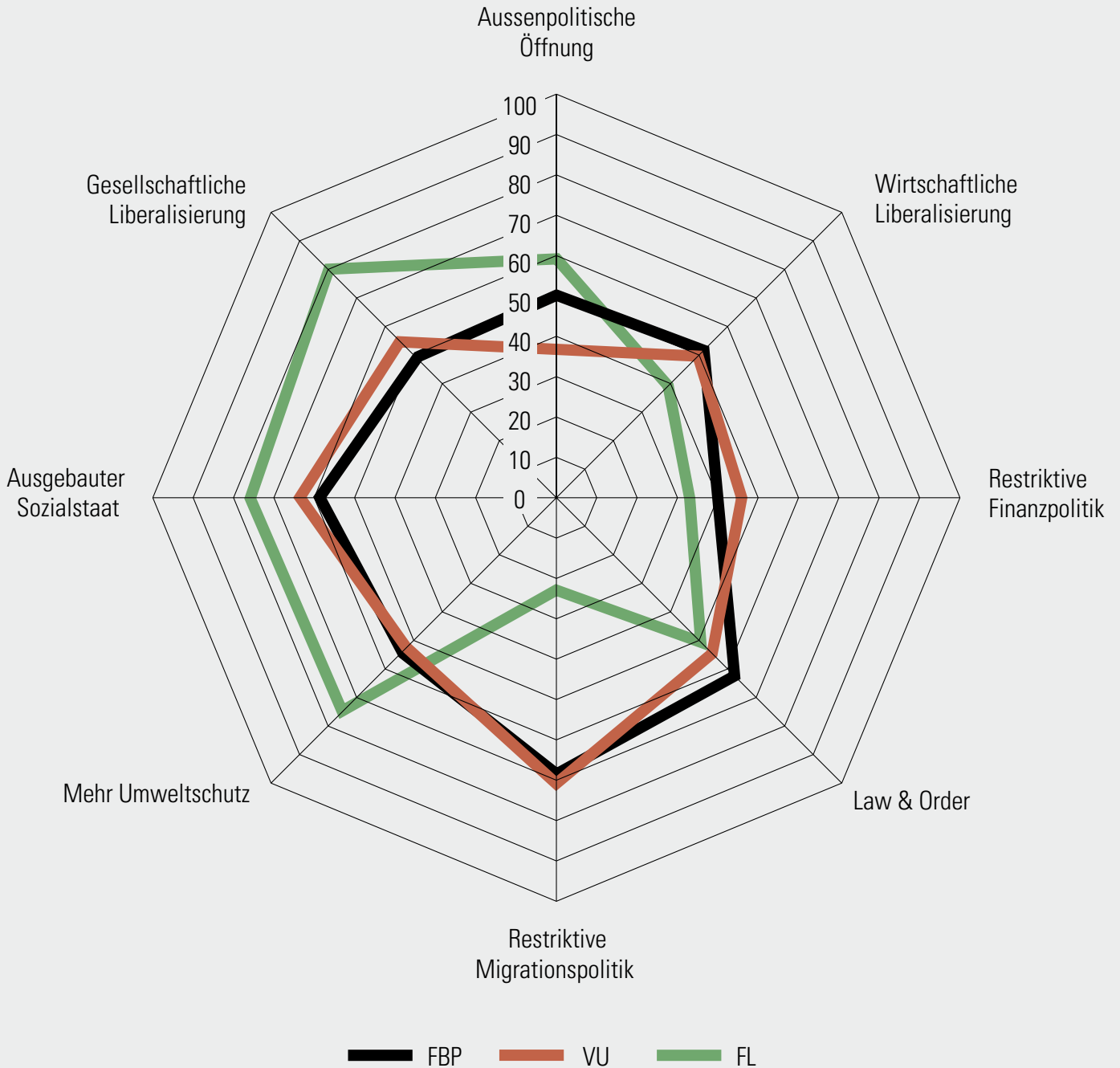
Helen Konzett Bargetze ist Ethnologin und Stiftungsrätin des LED. Sie hat durch verschiedene Positionen in der Freien Liste langjährige politische Erfahrung. Die Triesnerin ist verheiratet und Mutter von zwei Söhnen.

Linkes Spiderdiagramm der Parteien

Dieses Spiderdiagramm entstand aus einer Befragung der Kandidierenden (Wahlen 2009) zu deren politischen Ansichten. Die Werte ergeben sich aus dem Durchschnitt der Profile einer Partei.

Rechtes Spiderdiagramm Parteifrauen

Die Profile von Karin Rüdiger und Judith Öhri sind im April 2013 entstanden. Das Profil von Helen Konzett Bargetze wurde vor vier Jahren ermittelt, in einer Zeit, als es um die Staatsfinanzen noch gut stand.

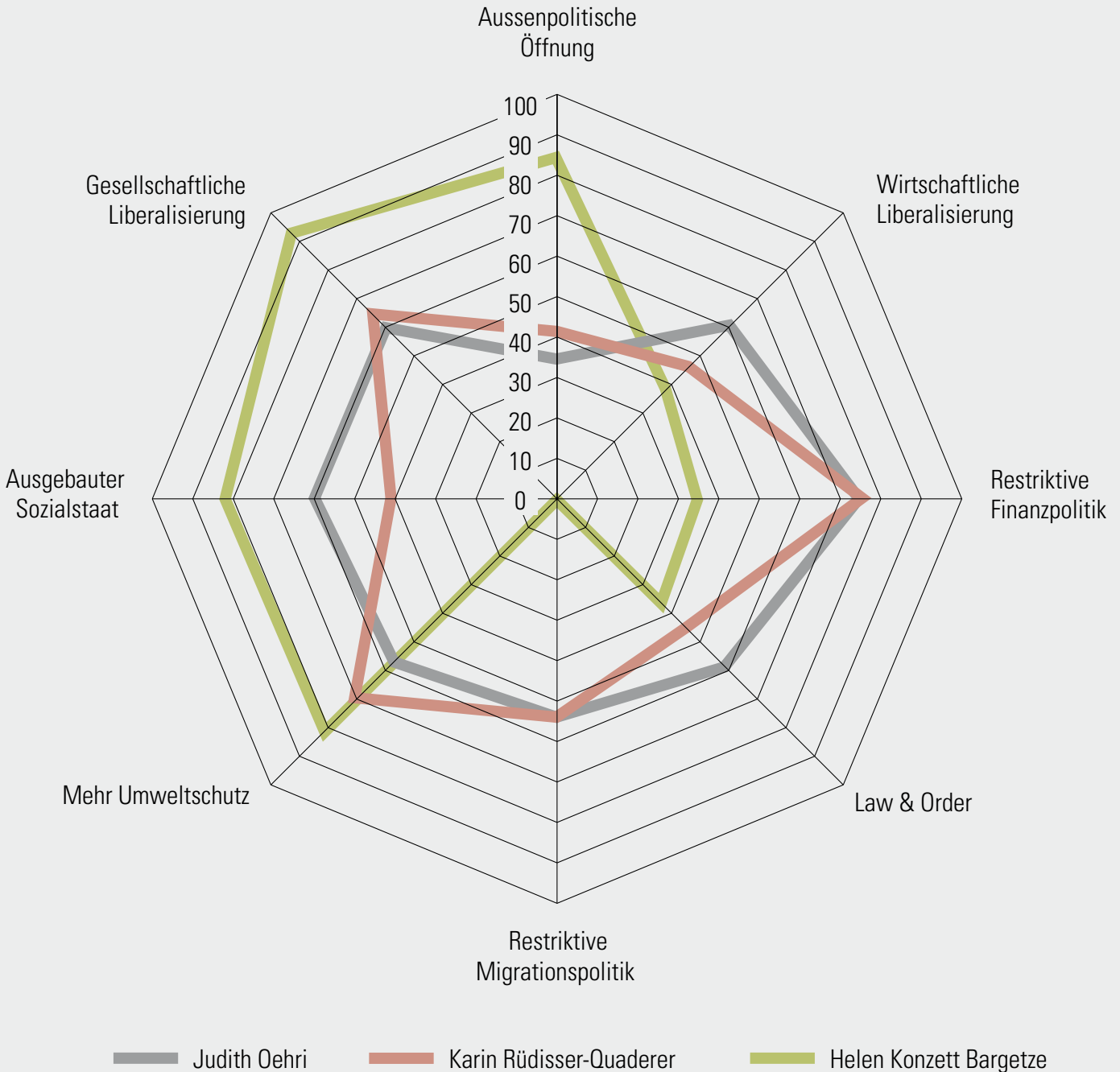


Die acht Politikdimensionen

«Links» (der mittleren senkrechten Achse) steht für eine ausgeprägte sozialpolitische Umverteilung und für einen ausgebauten Sozialstaat. «Rechts» steht für soziale Eigenverantwortung und private Vorsorge, für eine Betonung von Recht und Ord-

nung und für eine positive Haltung gegenüber Polizei und Staatsschutz. «Liberal» steht für eine starke Wirtschaftsfreiheit, für eine geringe Rolle des Staates im Wirtschaftsleben, für eine Offenheit gegenüber einer intensiven Kooperation mit anderen Staaten und internationalen Or-

ganisationen, für eine aktive Integration von Ausländern und eine positive Haltung gegenüber Reformen herkömmlicher Staatsstrukturen. Der Begriff umfasst also deutlich mehr als nur den wirtschaftlich liberalen Gedanken.





Immer das Gleiche

Text Sabine Bockmühl, freie Autorin, sabine.bockmuehl@gmx.ch

«Nowadays people know the price of everything and the value of nothing.» schreibt Oscar Wilde in «The Picture of Dorian Gray». Dieser Satz hat sich beim Anhören des Romans sofort in die Gehörgänge gefressen. Vergnügungs- und genussüchtig versüsst sich die Londoner Oberschicht den Müssiggang mit Intrigen und oberflächlichen Affären, frönt der Schönheit und Jugend um jeden Preis und erhebt sie zum höchsten aller Güter. Mit elegant dargebrachtem Zynismus sezieren die Celebrities an reich gedeckten Tischen den Zeitgeist, Ihresgleichen und notabene auch die mit Arroganz betrachtete Arbeiter- und Unterschicht. Schönheit wird mit Rechschaffenheit gleichgesetzt und Dorian

Gray – schön, jugendlich und liebreizend – gilt als Inbegriff des guten Menschen, der in Tat und Wahrheit kaum eine Schandtat auslöst. Und sich, einem Rausch gleich, mit Waren und Spezereien aus aller Welt eindeckt, die Wilde detailreich beschreibt. Die Entdeckung des Zitats war eine facettenreiche Erkenntnis, der Roman ein literarisches Vergnügen, das Sittenbild seiner Zeit scheint erstaunlich zeitgemäss. Das Zitat ist wohlbekannt – der Roman zählt zu den Klassikern. Ein alter Hut, möchte man meinen. Literatur aus vorherigen Jahrhunderten scheint oft überraschend aktuell – als Beispiel sei Faust II von Goethe erwähnt, der mit seiner Darstellung eines verschuldeten Staatshaushaltes genau jene Merkmale aufzeichnet, die auch die heutige Finanzkrise charakterisieren. Jede Generation lernt ihre Lektion aufs Neue. So kommt es, dass ein ausgiebig analysierter Dorian Gray trotzdem zur persönlichen Entdeckung werden kann. Der Roman ermöglicht es, Dinge aus Distanz zu betrachten, was bekanntlich einen besseren Überblick verschafft, als ständig mit der Nase mittendrin zu stecken.

Das Zitat ist mir zugefallen, als sich die unzähligen Millionen Franken für Daniel Vasella durch die Medien wälzten. Monatlich eine Million zu kassieren für blosses Schweigen, da bleibt einem einfach die Spucke weg. Ist es diesen Preis wert? Welchen Preis bezahlen die kleinen Angestellten, denen man kündigt, um dieses Schweigegeld aufzubringen? Welcher Preis wird auf Pillenschachteln gedruckt? Rasch kommt man zu einem der Haupt-

themen der letzten Jahre: zum Drama um die Finanzwirtschaft. Immobilienblasen, Finanzgeschäfte der Superlative und Kurse mit weitreichenden Nebenwirkungen, zu denen man kaum einen Experten fragen kann, ohne einen Knoten im Hirn zu bekommen. Die Wege des Geldes sind kompliziert und raffiniert, die weltweite Geldwirtschaft ein Poker spielender Dschungel. Als einem Menschen, der nach einer simplen Gleichung (Arbeitsleistung=Geld) seinen Unterhalt verdient und nie genügend Geld auf die Seite bekommt, um in lohnendem Masse durch Geldgeschäfte zu verdienen (wobei sich die Frage stellt, ob das überhaupt wünschenswert ist), erscheint diese Finanzkrise als kaum durchschaubare Grotteske. Fakt ist, dass der Börsenschock und seine Folgen allumfassende Kreise ziehen und sich (immer noch zu wenig) Widerstand regt. Occupy Wallstreet war ein berauschender wenn auch kurzer Hoffnungsschimmer. Ein getwitterter Event lässt die Bindungen der Teilnehmenden rasch erodieren. Man ist unzufrieden und wütend auf die ständigen Rahmabschöpfer, die nach den Staatskassen schreien, um die riesigen Löcher zu stopfen. Dass die Bevölkerung diese Staatskassen füllen muss und die Sparmassnahmen manchen empfindlich treffen, erzeugt ein Klima der Verunsicherung und Ohnmacht. Die Sparpolitik erscheint nicht immer nachvollziehbar. Gespart wird besonders gerne im Sozial- oder Bildungsbereich. Was nicht verwundert, haben die von den Sparmassnahmen betroffenen Bevölkerungsschichten kaum eine ein-

«Solidarität im Zeichen des Staates muss alle umfassen.»

flussreiche Lobby. Dabei gäbe es Möglichkeiten, nicht nur zu sparen sondern auch Mehreinnahmen an Orten zu generieren, die verkräftbar sind. Wenn von Solidarität im Zeichen des Staates gesprochen wird, dann muss diese Solidarität alle umfassen. Das heraufbeschworene Vertrauen in etablierte Parteien ist gebröckelt. KandidatInnen konnten in den Landtag einziehen, die unverblümt ihre Meinung sagen oder es die Wählenden zumindest Glauben machen konnten. In ihren Aussagen wirken sie authentischer und unterliegen (noch) keinem Gruppenzwang. Leute, die den Ohnmächtigen und Unzufriedenen näher stehen. Leute wie du und ich eben. Es tut gut zu sehen, dass Veränderung in einer Demokratie möglich wird, wenn an vielen kleinen Rädchen gleichzeitig gedreht wird. Wie sich die neuen Landtägler und Regierungsräte schlussendlich mit den «Sachzwängen» herumschlagen, wird sich

zeigen. Auch Politik ist ein Poker spielender Dschungel. Es bleibt zu hoffen, dass echte Auseinandersetzungen stattfinden, in denen um sachliche Argumente gerungen wird, anstatt im Chor das Fraktionslied zu schmettern.

PS: Als Supplement zwei Filmtipps: «Inside job» (Dokumentarfilm von Charles Ferguson zur Finanzkrise, 5 Sterne!) und «Borgen» (dänische Polit-Serie über eine Regierungschefin und die Mühlen der Sachzwänge, ebenfalls 5 Sterne!). ■

Tunnelspinne in Feldkirch

Text Barbara Jehle E-Mail info@freiliste.li

Die Fraktion der Freien Liste und Parlamentarier aus Vorarlberg und St. Gallen möchten die drei Landesregierungen an einen Tisch bringen: Es braucht eine bessere Verkehrslösung als die Tunnelspinne in Feldkirch. Die Fronten scheinen aber verhärtet.

Der Widerstand gegen die geplante Tunnelspinne in Feldkirch, die das Zentrum um die Bärenkreuzung entlasten soll, ist so alt wie das Projekt selbst. Die Fraktion der Freien Liste hat auf den April-Landtag hin zusammen mit Grünen Parlamentariern aus Vorarlberg und St. Gallen ein Postulat ausgearbeitet, das die Regierungen der drei Länder an einen Tisch bringen soll. Es ist ihr Ziel, dass in diesem Projekt endlich die Reissleine gezogen wird. Die Tunnelspinne würde bei Tisis, Schaanwald und Teilen von Nendeln, Eschen und Schaan massiv mehr Verkehr generieren. Beim Tunnelausgang bei Tisis-Schaanwald würde der Verkehr gemäss einer Studie von 11'600 auf 16'900 Fahrzeuge pro Tag zunehmen. Auch steht die Befürchtung im Raum, dass diese Lösung den Transitverkehr verstärken würde und sogar der Startschuss für eine Autobahnverbindung zwischen der A13 und A14 wäre. Das wäre ein Lückenschluss im europäischen Autobahnnetz durch Liechtenstein.

Die ParlamentarierInnen schlagen im Postulat vor, dass die Regierungen zusammen mit Nicht-Regierungsorganisationen eine Verkehrslösung ausarbeiten, die sich des Pendler- und des Transitverkehrs annimmt.

Nachteile auch in Vorarlberg

Die PostulantInnen sind überzeugt, dass eine bessere Variante zur Verkehrsentslastung möglich ist. Attraktiv ist das aktuelle Projekt auch für Vorarlberg nicht, wie der Vorarlberger Landtagsabgeordnete Bernd Bösch betont: «Die Kosten für das Projekt sind immens und auch Tisis würde bei der Umsetzung unter dem höheren Verkehrsaufkommen leiden.» Beim Bürgermeister von Feldkirch rennt er mit diesen Argu-

menten nicht gerade offene Türen ein. Trotz der hohen Kosten und obwohl bis heute nicht einmal die Finanzierung des 226,5 Mio. Euro teuren Projektes geklärt ist, hat Wilfried Berchtold noch am Tag der Medienkonferenz seinen Unmut über das Postulat ausgedrückt: Er bleibe dabei, «nur weil diese Lösungsvariante nicht den ideologischen Vorstellungen der Grünen entspricht, werden wir unseren Weg gewiss nicht verlassen.»

Berchtold und das vom ihm so vehement verteidigte Projekt hat noch einige weitere Hürden zu nehmen: Derzeit wird es einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unterzogen, an der auch Liechtenstein beteiligt ist.

FL-Regierung bleibt bei Ablehnung

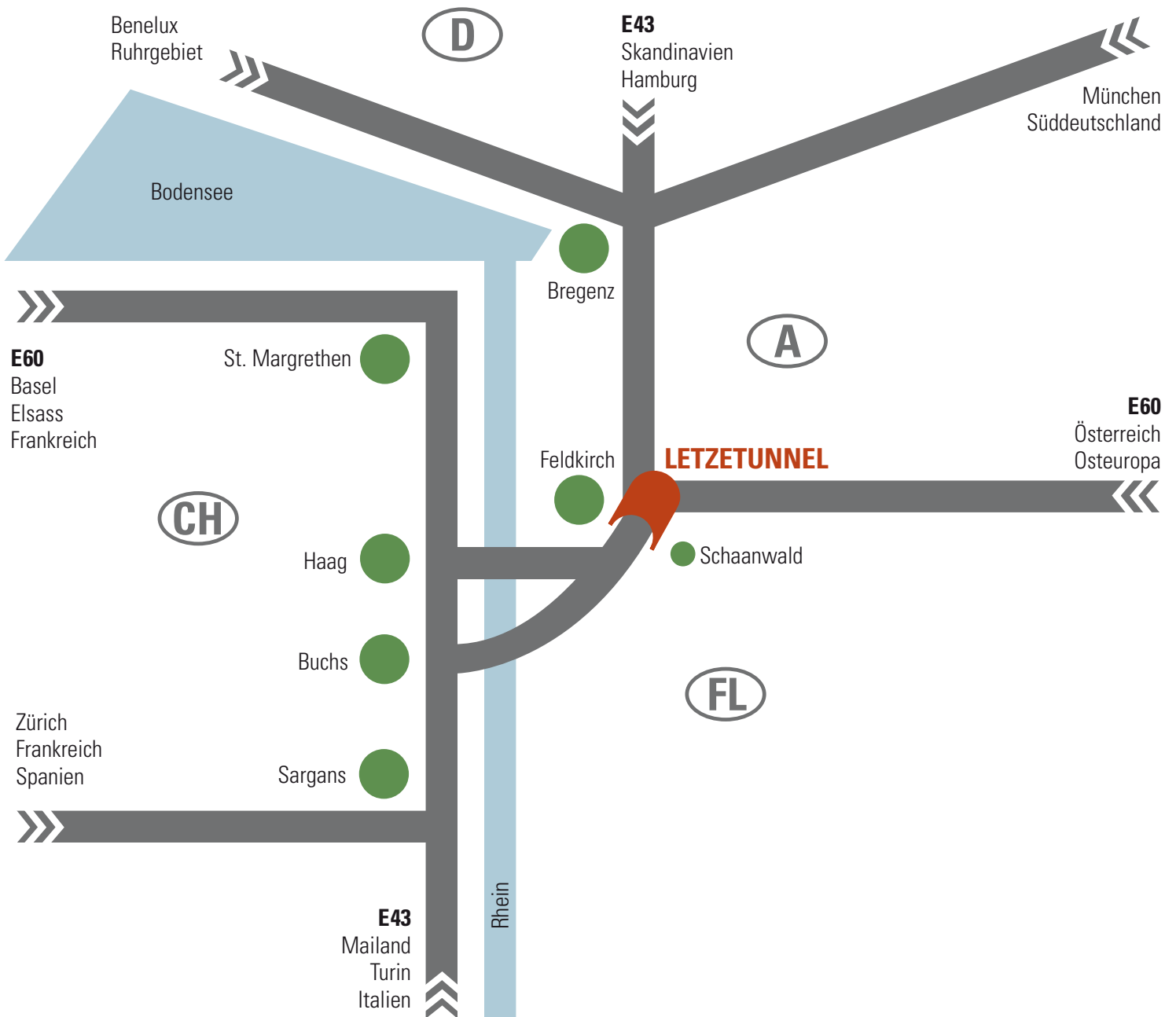
Marlies Amann-Marxer, die neue Regierungsrätin für Infrastruktur und Verkehr, erklärt auf Anfrage des «WEISS-Magazin», dass die Regierung das Projekt noch immer ablehne.

Amann-Marxer stellt fest, dass es bisher keine neuen Erkenntnisse aus der UVP gäbe und deshalb kein Anlass bestehe, vom Positionspapier aus dem Jahr 2009 abzuweichen: «Übergeordnet zu der projektbezogenen Stellungnahme wird sich die Regierung weiterhin dafür einsetzen, im Gespräch mit den Nachbarn eine abgestimmte, grenzüberschreitende Verkehrspolitik zu etablieren.» Damit soll laut der Regierungsrätin ein zukunftsfähiger Beitrag zur Standort- und Lebensqualität in der Region Vorarlberg, Liechtenstein und dem St. Galler Rheintal erbracht werden. Im Rahmen der Teilnahme an der UVP habe die Regierung zuletzt auf die seit mehreren Jahren unveränderte Haltung hingewiesen. «Diese Position wurde

in der Vergangenheit mehrfach transparent dargelegt und kommuniziert», fügt Amann-Marxer an. Die PostulantInnen und die Liechtensteinische Regierung vertreten somit den gleichen Ansatz: Eine Verkehrslösung muss ganzheitlich betrachtet werden und sollte einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs fördern. Ist der Tunnel erst einmal gebaut, wird es schwer werden, den Personenverkehr zu drosseln und die PendlerInnen zum Umsteigen auf Bus oder S-Bahn zu bewegen. Thomas Lageder von der Freien Liste warnt: «Durch die Tunnelspinne werden die PendlerInnen animiert, mit dem Privatfahrzeug zur Arbeit zu fahren, was wiederum das Projekt S-Bahn FL.A.CH torpediert.»

Dreiländer-Eck als Durchgangszone

Eine weitere Befürchtung der Grünen Vorarlberg und der Freien Liste ist, dass die beiden Autobahnen A13 sowie A14 als Folgeprojekt verbunden werden könnten. Das wäre verheerend, denn so würde die Region noch mehr für den Durchgangsverkehr genutzt. Der Bau des Tunnels könnte also der erste Baustein für weitere Projekte sein, die nicht nur regionalen Verkehr generieren, sondern das Dreiländer-Eck noch stärker zu einer «Durchfahrtsregion» machen. Am vorbereitenden Treffen für das Postulat waren sich die Grünen PolitikerInnen einig, dass sie nicht grundsätzlich gegen eine Umfahrungsstrasse sind, die Feldkirch entlastet. Es müsste aber eine kleinere und somit auch billigere Umfahrungsstrasse sein, die nicht einfach Tür und Tor für den Durchfahrtsverkehr öffnet. ■



Werden wir ein Klerikerstaat?

Text Die GemeinderätInnen der Freien Liste

Bei einer Trennung von Kirche und Staat erwartet der Laie vor allem eins: Dass die Vermögensverhältnisse zwischen Staat, Gemeinden und Kirche geklärt und die Gärten punkto Entscheidungsgewalt klar abgesteckt werden. Ein ähnlicher Prozess also, wie bei der Privatisierung eines Unternehmens, das lange vom Staat geführt worden ist.

Blieben wir beim Bild eines Unternehmens, so bräuchte es eine konsequente Entkoppelung. Es müsste eine güterrechtliche Trennung vereinbart und die staatliche Aufsicht des «Unternehmens Kirche» geregelt werden.

Die Gemeinden, denen Kirchen, Kapellen, Pfarrhäuser und Grundbesitz gehören, müssten sich lediglich mit der Kirche über die Nutzungsrechte und den Unterhalt einigen. Fragen, wie die Ernennung der ReligionslehrerInnen könnten auf gesetzlichem Wege geregelt werden.

Gütertrennung = Enteignung

Die im Konkordat vorgeschlagene Gütertrennung hat den Namen «Trennung» nicht verdient: Für die Gemeinden wäre sie eine faktische Enteignung. Es soll festgeschrieben werden, dass die Gemeinden bzw. Bürgergenossenschaften der Kirche «die Objekte zur unbeschränkten und unentgeltlichen Nutzung» überlassen. Der katholischen Kirche kommt laut Konkordatsentwurf deren «alleinige» Nutzung zu und die Kirche möchte sich diese Güter und Rechte in einem praktisch unkündbaren Vertrag unbefristet sichern.

Die Gemeinden sollen ihr Amen zu einer Enteignung und zu Unterhaltsleistungen geben, obwohl nicht vorhersehbar ist, wohin sich die Institution Kirche in den nächsten Jahrzehnten entwickelt. Sie müssten sogar für den Unterhalt der Gotteshäuser aufkommen, die bereits im Eigentum der katholischen Kirche sind. Und was, wenn es in 20 Jahren gepflegte Pfarrhäuser

gibt und niemand geht hin? Weltliche Dinge können sich verändern, es wäre daher sinnvoller, Aufgaben und Besitzverhältnisse in einem verwaltungsrechtlichen Vertrag zu regeln. Ein Konkordat ist dazu da, einen schonenden Ausgleich staatlicher und religiöser Interessen einvernehmlich und nicht einseitig zu regeln.

Eine unkontrollierbare Parallelwelt

Von einem Unternehmen würde erwartet, dass es den Gemeinden bei einer Privatisierung den Besitz abkauft und selbst für den Unterhalt aufkommt. Diesen Schritt will die Kirche aber nicht machen. Mit dem Konkordat pocht sie nur auf Privateigentum und volle Entscheidungsgewalt ohne eine finanzielle Verantwortung zu tragen.

Die in den Konkordatsartikeln festgelegten Privilegien klingen so, als möchte die Kirche in Liechtenstein einen kleinen unabhängigen Vatikanstaat einrichten, quasi ein Überstaatsunternehmen, eine kleine Parallelwelt, deren autokratische Führung Aufenthaltsbewilligungen erteilen und Stiftungen gründen kann, die nicht vom Staat beaufsichtigt werden können. Es gäbe also auch keine Kontrolle über Geldflüsse. Der Kirchenrat, der bisher die Mitsprachrechte von Gläubigen gesichert hat, soll gemäss vorliegendem Konkordat abgeschafft werden. Die Kirche soll ohne Mitsprache des Staates oder der Gemeinden ReligionslehrerInnen an staatlichen Schulen anstellen können

Die katholische Kirche kann den Staat übergehen ohne dem Staat im Gegenzug etwas abzutreten. Diese Sonderstellung soll mit dem Konkordat bis in alle Ewigkeit zementiert werden. Möchte der Staat sich vom Vertrag wieder lösen, soll die Kirche – um wieder auf das unternehmerische Bild zurückzukommen – mit einem goldenen Fallschirm in Form von Jahresbeiträgen von fast 7 Millionen Franken entschädigt werden.

A sagen und nicht B sagen

Mit dieser völligen Autonomie könnte sich der Klerus eine Macht aufbauen, die einer staatlichen Kontrolle entzogen ist. Die Neuregelung von Staat und Kirche wäre also für die Weltlichen nicht nur in finanzieller Hinsicht ein Verlust. Der Staat würde sich auch darauf einlassen, dass undurchsichtige Strukturen geschaffen werden. Es ist äusserst dubios, wenn die Kirche versucht, mittels Staatsvertrags eine Sonderstellung auszuhandeln, die über den gültigen Gesetzen stehen soll. Der Landtag hat im Rahmen des Religionsgemeinschaftengesetzes (RelGG) die Höhe der Mandatssteuer festgelegt. Diese kann aber dank des Konkordats gemeinsam durch Kirche und Regierung abgeändert werden, der Landtag würde übergangen. Die Kirche entzieht sich der Demokratie, bloss wozu?

Die katholische Kirche will sich komplett vom Staat lossagen und strebt die absolute Autonomie an. Sie übergeht staatliche Regelungen. Der Klerus möchte sogar frei bestimmen, welchen Kirchenmännern Aufenthaltsbedingungen erteilt werden. Die einzig denkbare Lösung ist ein verwaltungsrechtlicher Vertrag zwischen Kirche



und Gemeinden, der im besten Fall zusammen mit Gläubigen ausgehandelt wird. Dadurch nimmt die Kirche keine überstaatliche Rolle ein, sondern hat sich an das Rechtssystem Liechtensteins zu halten. Und nicht zuletzt würde mit dem Konkordat der Sinn des Religionsgemeinschaftengesetzes torpediert, welches die religiöse Neutralität des Staats vorsieht. Während das Konkordat nicht mehr abgeändert werden kann, könnte ein verwaltungsrechtlicher Vertrag flexibel angepasst werden.

Auch wer das christliche Prinzip «Glaube Liebe Hoffnung» verinnerlicht hat und überzeugt ist, dass die Kirche ihre einseitigen Privilegien nicht missbrauchen wird, fragt sich, warum diese Privilegien mit einem Vertrag für alle Ewigkeit zementiert werden sollen.

Die einzig denkbare Lösung wäre ein verwaltungsrechtlicher Vertrag zwischen Kirche und Gemeinden, der im besten Fall zusammen mit Gläubigen ausgehandelt wird. Dadurch nimmt die Kirche keine überstaatliche Rolle ein, sondern muss sich an das liechtensteinische Rechtssystem halten. ■



«Es ist eine grosse Anstrengung, ein ewiges Bemühen»

Charles Schädler, Taxi-Unternehmer

Aufgezeichnet von Barbara Jehle Foto Barbara Jehle

«Ich bin nicht mehr auf Bewährung und seit einem Jahr wirklich befreit von Auflagen. Ich kann heute sagen, es geht mir gut. Im September zog ich in eine Zwei-Zimmer-Wohnung mit Sitzplatz ein: Drei Jahre nach der Haft bin ich jetzt an einem Ort, wo es mir wohl ist, wo ich zur Ruhe komme. Nach der Entlassung habe ich zwei Jahre im geschützten Rahmen der «Auxilia» gearbeitet. Ich fühlte mich bei der Arbeit oft wie zugeschnürt. Ich war wegen der Unterforderung unzufrieden und aggressiv. Aber mit Mitte 50 und körperlichen Schädigungen bin ich eigentlich auf dem Arbeitsmarkt gar nicht mehr vermittelbar. Das ist Realität. Ich bin irgendwann trotzdem auf die Idee gekommen, Taxifahrer zu werden. Ich habe den Taxischein gemacht und dann den Gewerbeschein beantragt, um mich selbständig zu machen. Leider ist der Taximarkt übersättigt. Den Job hatte ich aber gut im Griff, ich habe nie brenzlige Situationen erlebt, denn in der Haft habe ich eine begleitende und danach eine längere ambulante Therapie gemacht. Wegen meinen gesundheitlichen Problemen habe ich mein Unternehmen aber in den letzten Tagen abgemeldet.

Die Auflagen nach der Haft waren wirklich streng. Das kommt einem wie ein engmaschiges Netz vor, das einen umspannt. Ich habe viel Lebenserfahrung, das hat mir die Frau von der Bewährungshilfe bestätigt. Deshalb habe ich mich immer wieder gefragt, ob ein solch justizieller Zwang sinnvoll ist. Ich habe meine Bewährungshelferin ab und zu als verlängerter Arm der Justiz gesehen. Um Rechnungen und so habe ich mich nach der Haft selbst gekümmert, das ganze Praktische also. Geholfen haben mir aber die menschlichen Gespräche mit ihr.

Meine Ex-Frau und auch meine letzte Partnerin hatten überhaupt kein Problem

damit, dass ich vorbestraft bin. Ich war übrigens wohl der erste Häftling, der in Vaduz geheiratet hat: Zwei Gefängnisaufseher waren unsere Brautführer und sind mit uns nach der Trauung in die Sonne essen gegangen: Ich hatte vier Stunden lang begleiteten Ausgang. In meiner Bewährungszeit hat mich meine damalige Frau aber verlassen. Ein Grund für die Trennung war, dass sich meine Frau in einen anderen verliebt hat. Die Haftzeit hatte sie aber auch viel Kraft gekostet – und ich war nach der Entlassung nicht mehr der Gleiche. Ich habe mit meiner Bewährungshelferin besprochen, dass ich wegen der Trennung in der Bewährung nie richtig zum Durchschnaufen gekommen bin. Mit der Wohnungssuche konnte sie nicht helfen, es war ein Krampf. Bei der Eingliederung in eine Gesellschaft werden einem viele Prügel zwischen die Beine gelegt. Belastend ist, dass viel getratscht wird und die Menschen sich ein falsches Bild machen. Unseriöse Berichterstattungen in der Zeitung tragen einiges dazu bei. Das Täterbild wird meist verfälscht, wegen der Sensationsgier wird eine Tat mit viel Blut ausgeschmückt. Meine Bewährungshelferin und ich möchten einen Appell an die Medien richten, doch bitte wahrheitsgetreu zu berichten!

Ich habe mich aber von all dem nicht unterkriegen lassen. Ich bin ein Kämpfer, ein rebellischer Typ. Ich habe nach der Entlassung zuerst in einem düsteren Loch gewohnt. Der Haftraum war im Vergleich bedeutend schöner. Aber wie gesagt, meine Stärke ist, mich bei widrigsten Umständen durch zu beissen. Wegziehen von Liechtenstein wäre keine Lösung gewesen: Ich vermisse die Berge und mein Umfeld sehr schnell. Dass ich im Gefängnis war und eine Strafe abbüssen musste, ist in Ordnung. Schade, dass ich während

Mein Jahr in Liechtenstein

meiner ersten Haft keine Therapie hatte und absolut nichts gelernt habe. Ich konnte lange Zeit kein konstruktives Gespräch führen. Ich bin in einem Gewaltmilieu aufgewachsen – mit ständigen Prügeln. Mein Pflegevater hatte ein massives Alkoholproblem. Später wurde ich in verschiedenen Heimen platziert. Ich bin zugleich Täter und Opfer. Ich habe in der Therapie aber gelernt, aus der Opferrolle herauszukommen und mich in die Geschädigten einzufühlen. Das Gewaltmilieu meiner Kindheit rechtfertigt meine Taten nicht, das sehe ich heute ein. Die erste Verurteilung hatte ich mit 24. Sämtliche Straftaten, die ich begangen habe, passierten unter Alkoholeinfluss. Seit dem Jahr 2008 bin ich trocken. Meine Taten tun mir leid, ich kann mich aber nur in der Zukunft

verbessern, die Zeit lässt sich nicht zurückdrehen. Die Menschen, die mich richtig kennen, haben mir sehr geholfen. Man muss eine Chance kriegen, man muss sie aber vor allem wahrnehmen. Ich habe den Taxischein und die Fahrstunden selbst bezahlt – und alles selbst organisiert. Das Gewerbeamt hat mir eine Lizenz gegeben. Das zeigt, dass die Behörden mittlerweile Vertrauen in mich setzen. Ich habe auch die Bewährungshilfe-Zeit sauber abgeschlossen, mir nichts zuschulden kommen lassen. Darauf darf ich doch ein bisschen stolz sein, oder nicht? Auch darauf, dass ich ruhiger und überlegter geworden bin. Nicht jeder schafft das. Es ist mir von der Gesellschaft bestätigt worden: Alle Achtung, du hast dich um 180 Grad gedreht! Ich bin deswegen aber nicht besser als

andere, die die Chance nicht umsetzen konnten. Ich habe es selbst lange nicht geschafft. In meiner Bewährungszeit habe ich auch wieder versucht, den Kontakt mit meiner Tochter aufzunehmen. Das ist natürlich nicht einfach: Als sie mich dringend gebraucht hat, konnte ich nicht für sie da sein. Es ist eine langsame Wiedernäherung. Wer kann ihr verübeln, dass sie sich immer wieder distanziert verhält. Es läuft momentan aber recht gut mit uns. Für die meisten Menschen ist ein Familienleben etwas Selbstverständliches. Für mich nicht. Es ist eine grosse Anstrengung, ein ewiges Bemühen. Ich muss mir überall viel – stärker als andere – Vertrauen erkämpfen, allen Vorurteilen zum Trotz. Ich bin ein Kämpfer – und mein letztes Jahr war ein gutes.» ■



Die neue FL Fraktion bringt ein altes Anliegen in den Landtag

Text Barbara Jehle, info@weissmagazin.li

Die alten Ängste haben sich als unbegründet erwiesen: Mitspracherechte von AusländliechtensteinerInnen sind für die Demokratie alles andere als schädigend. Die Freie Liste zeigt im Landtag erneut die Chancen auf.

Das Stimm- und Wahlrecht für AusländliechtensteinerInnen ist den LandtagskandidatInnen der Freien Liste eine Herzensangelegenheit. Fast alle von ihnen haben schon über kürzere oder längere Zeit im Ausland gewohnt und konnten selbst die Politik eine Zeit lang weder in ihrer alten noch in der vorübergehenden Heimat mitbestimmen. Kein Wunder also, haben sie diese Mitspracherechte ins Wahlprogramm aufgenommen. Die neu gewählten Abgeordneten der Freien Liste, Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer haben zusammen mit den Stellvertretern Andreas Heeb und Patrick Risch diese Forderung nun auch zu ihrem ersten gemeinsamen Vorstoss ausgearbeitet: Sie schlagen in einer Motion vor, dass AusländliechtensteinerInnen auf Landesebene das Recht haben sollen, zu wählen und abzustimmen. Sie selbst sollen aber nicht gewählt werden können.

Argumente für und gegen mehr Mitbestimmungsrechte wurden im vergangenen Landtag, unter anderen auf eine Forderung der Freien Liste hin, schon ein paar mal ausgetauscht. Gesiegt haben bisher immer die Gegenargumente und Ängste: Die AusländliechtensteinerInnen verfügten über wenig Information zum politischen Geschehen und das Interesse an der Liechtensteiner Politik sei gering. Auch seien Stimmen der AusländliechtensteinerInnen und die Auswirkungen auf Wahl- und Stimmergebnisse überproportional hoch. Eine Studie des Liechtenstein-Instituts, die im letzten November der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, widerlegt nun alle diese Argumente. Die Befragung bei 302



AusländliechtensteinerInnen ergab, dass durchaus Interesse an einer politischen Beteiligung auf Landesebene vorhanden ist: Ein Grossteil der Befragten identifiziert sich mit Liechtenstein. Auch waren die Befragten erstaunlich gut über die Politik in Liechtenstein informiert.

Studie entkräftet Gegenargumente

Die Autoren der Studie gehen davon aus, dass sich ca. 20 Prozent der AusländliechtensteinerInnen im Stimmregister eintragen lassen würden, also ungefähr 1600 Personen. Dies würde weniger als 10 Prozent der im Land lebenden Stimmberechtigten ausmachen. Es gibt also kaum mehr stichhaltige Gegenargumente. Andreas Heeb

möchte, dass vor allem die Demokratie-Chancen wahrgenommen und diskutiert werden, die diese neuen Rechte bieten: «Die AusländliechtensteinerInnen würden als Teil der Nation einen zusätzlichen Beitrag zur politischen Diskussion leisten und diese dadurch bereichern.» Die Studie des Liechtenstein Instituts habe auch gezeigt, dass der grösste Teil der AusländliechtensteinerInnen in unmittelbarer geographischer Nähe des Landes lebt und vielleicht irgendwann wieder in die Heimat zurückkommen möchte. Ein Stimm- und Wahlrecht würde ihre Verbundenheit mit der Heimat sicher festigen. Davon ist Heeb überzeugt. ■



Es ist etwas Eigenartiges um die Freiheit

Text Hans-Egon Grindle, hansegon.grindle@weissmagazin.li

Am Anfang ist da vielleicht nur ein diffuses Gefühl, das sich nur schwer in Worte fassen lässt. Neo-liberal-ismus, klar, das riecht nach Freiheit. Absolute neue Freiheit. Und mein Unternehmerfreund Herbert sagt ja immer, «wir beide, Hans-Egon, sind für die Freiheit und diese Linken sind die Feinde der Freiheit!».

Als meine Holde und ich mit unserem ersten VW Golf GTI zum ersten Mal zusammen nach Italien, an die Adria, gebettet sind: Freiheit total. Übernachtet haben wir dazumal wo wir gerade Lust hatten. Das war unser Neo-Unabhängigkeitsgefühl, wir beide wie in «Born to be wild». Sogar oben ohne hat die Holde gebadet. Naja, damals waren wir ja auch verliebt und wollten in diesem Rausch das Gleiche. Heute ist das aber so mit den Ferien. Die Holde stürmt, sie und ich M-Ü-SS-E-N unbedingt nach Capri. «Das wär ja noch schöner», sag ich dann immer, «warum denn in die Ferne schweifen, wenn das gute Malbun liegt so nah.» Naja, und dann, nach meinem Machtwort, kommt sie wieder für einen Moment: Eine süsse Prise Freiheit und das prickelnde Gefühl von Macht, wenn die Holde dann jeweils die Wandersocken ein- und das Strandbikini auspackt. Aber ich muss zugeben, wenn die Holde dann zwei Wochen lang einen Lätsch zieht, bin ich auch mal wieder froh, wenn die Ferien vorbei sind. Diese süsse Prise verpufft ja schnell. Besonders wenn das Neoverliebt-

Gefühl die Grimassen der Holden nicht mehr schönmalt und die Holde ebenso wenig neoverliebt, sich keinen Zacken mehr zusammen reisst.

Auf jeden Fall ist mir Herbert kürzlich mal wieder damit gekommen: «Lachhaft, lachhaft, diese Linken! Chancengerechtigkeit predigen und überall Riegel verschieben wollen, damit ja niemand seine Chancen nutzen kann!». Die wollten uns Unternehmern und den Bänkern überall dreinreden: Welche Löhne wir uns auszahlen sollen und welche Mindestlöhne unseren Arbeitern. Und dann den Bankern in's Geschäft pfuschen und Vorschriften machen. Hohe Eigenkapitalquoten festlegen und so, damit sich ja kein Geschäft mehr machen lässt. Das sind ja Zustände, so was in einem stolzen freien Land.

Hm, da überkam es mich wieder, das diffuse Gefühl, dass es was Eigenartiges ist um die Freiheit. Die Freiheit ist eine Torte: Schneidet sich einer ein grösseres Stück davon ab, bleiben den anderen weniger grosse Stücke übrig. Bei meiner Holden und mir ist es ja so, dass ich die ganze Torte aufesse und manchmal wird mir schlecht davon. Bei den Bänkern bin ich mir nicht so sicher, ob die nicht auch Dreiviertel der Torte futtern, und wir alle solidarisch am Schluss Torte inklusive Trinkgeld zahlen müssen, wenn die Landesbank erst mal hops geht und dann auch noch

der Staat? Es dämmerte mir, dass ich nur für Neoliberalismus bin, wenn ich Finanzler, Fürst, wenigstens Akademiker und Landtägler wäre. Die Gier dieser Oligarchen nach absoluter Freiheit produziert die Ohnmacht von uns einfachen Bürgern! Nachdem ich so in mich gegangen bin, fragte mich Herbert, ob wir ins Rössle eins ziehen gehen. Ich nicht blöd und nie um ein Lehrstück verlegen: «Nei, i wett is Schöfle, i bi Neo-Liber-alischt.» Pha, und deshalb liesse ich mir gefälligst nicht mehr dreinreden und mich herumdirigieren, wo ich mein Bier trinken soll. Sonst noch was? «Schofseckel!», meinte Herbert und verschwand in der Nacht. ■

Werden Sie Mitglied bei der Freien Liste!

Die Freie Liste ist eine Partei, die sich im Rahmen ihres Programms für soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie und für eine intakte Umwelt einsetzt. Wer aktiv mitarbeiten will und mit den Grundzügen des Programms einverstanden ist, ist herzlich willkommen. Das gilt sowohl für Stimmberechtigte wie auch für nicht Stimmberechtigte und Jugendliche. Wir freuen uns auch über Leute, die unsere Partei passiv, mit Ideen oder finanziell unterstützen. Auch für Kritik oder Anregungen sind wir offen.

Mit diesem Aufruf möchte der Vorstand möglichst viele Unterstützerinnen und Unterstützer gewinnen. Mit einer Mitgliedschaft stärken Sie die Freie Liste und bekunden gleichzeitig Ihre Verbundenheit mit ihr. Je mehr Frauen, Männer und Jugendliche mit diskutieren, desto mehr gute Ideen fliessen ein und desto bessere Lösungen werden gefunden. Je breiter abgestützt unsere Partei ist, desto mehr kann sie bewirken.

Beitrittserklärung ausfüllen und ab die Post!

Name

Vorname

Strasse Nr.

PLZ

Wohnort

- Ich möchte Mitglied der Freien Liste werden
- Ich möchte aktiv mitarbeiten und warte auf eine Einladung
- Ich möchte Passivmitglied werden

Einsenden an:

Freie Liste, Landstrasse 140, 9494 Schaan

Natürlich besteht auch die Möglichkeit, sich via E-Mail, info@freieliste.li, oder telefonisch +423 231 17 31 als Mitglied anzumelden.

Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

Spendenaufrufe

Weiss-Magazin: Postkonto 92-392622-5, IBAN: CH64 0900 0000 9239 2622 5

Freie Liste: Postkonto 90-10730-2, IBAN: CH15 0900 0000 9001 0730 2



Download
Freie Liste App

